

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 1,10 Mark monatlich...

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle...

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 25. November 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Britisch Indien und seine Reform.

Aus London wird uns geschrieben:
Die jüngst erfolgte Veröffentlichung des indischen Reformplanes...

I.

Wie bekannt, ist Indien mit seinen rund 300 Millionen Einwohnern...

Etwa 192 Millionen Einwohner leben vom Ackerbau; 4 Millionen von Viehzucht...

Die Zahl der verschiedenen Schulen und Unterrichtsanstalten betrug im Jahre 1906-07 162 690...

Im Jahre 1905-06 gab es in Indien 2380 Druckereien, 747 Zeitungen und 793 periodische Schriften...

Die indischen Posten, 17 180 an Zahl, beförderten im Jahre 1906-07 rund 684 Millionen Briefe...

Die Eisenbahnen wuchs von rund 22 000 im Jahre 1898 auf 30 000 (rund 48 000 Kilometer) im Jahre 1907...

Der indische Außenhandel zeigte folgende Bewegung. Im Jahre 1906-07 wurden auf Seewegen eingeführt...

Der Außenhandel auf Heberlandwegen belief sich im Jahre 1907 auf 11,8 Millionen Pfd. Sterl...

Die Ackerbaufläche Indiens stieg von 196,5 Millionen Acres (1 Acre gleich 40,5 Ar) im Jahre 1897 auf 214 Millionen im Jahre 1906...

Die Waldfläche stieg in den letzten zehn Jahren von 64,5 Millionen Acres auf 81,8 Millionen Acres.

Auch die Zahl der Fabriken und der in ihnen beschäftigten Personen ist im letzten Jahrzehnt gestiegen. Die Baumwoll- und Zuckfabriken von 186 auf 217...

\* East India (Statistical abstract). 1897-1907. Cd. 4911. London 1909.

Indigofabrikation erliegt der Konkurrenz der europäischen Farbenchemie.

Die Steuerlasten betragen im Jahre 1906-07 pro Kopf der Bevölkerung 3,27 M. (einschließlich der Grund- und Bodensteuer...

Nach der Volkszählung vom Jahre 1901 belief sich die Zahl der Bevölkerung Indiens auf 294 361 056. Aber nur über 223,2 Millionen wurden bis zum Jahre 1906 Geburts- und Todesregister geführt...

II.

Das indische Reich wurde vom Jahre 1858 bis vor wenigen Jahren rein bürokratisch regiert. Weder in der Zentral- noch in der Provinzverwaltung hatten die indischen Völkerschaften irgendwelche Stimme...

Der Vizekönig oder der Generalgouverneur von Indien wird von der britischen Regierung auf fünf Jahre ernannt und hat seinen Sitz in Kalkutta und Simla.

Diese höchsten Beamten, die zugleich Minister und Befehlshaber sind, werden ebenso von der Regierung ernannt, wie die preussischen und deutschen Minister vom König von Preußen und deutschen Kaiser ernannt werden.

In der Spitze der indischen Provinzen stehen Gouverneure mit vollziehenden und legislativen Ratskammern, die ganz nach dem Muster des höchsten Rates (des Vizekönigs) ernannt werden.

Das Wahlprinzip kommt weder in der Zentral- noch in der Provinzregierung in Betracht.

Anderes in der indischen Gemeindeverwaltung. In Indien gibt es 750 Munizipalitäten, die die Mehrheit ihrer Gemeindevertreter wählen. Alle Gemeindesteuereinzahler sind wahlberechtigt.

Der innere und äußere Friede, den die englische Herrschaft herstellte, die Errichtung von englischen Schulen, die einen Teil der indischen Jugend in die Gedankenwelt des Westens einführt...

Das Zentrum als nationaler Retter. In den Versuchen des Zentrums, seine Bewilligung der neuen Steuern zu rechtfertigen, weist es mit besonderer Vorliebe darauf hin, daß es die Pflicht einer nationalen Partei sei...

des Deutschen Reiches herrschenden Konstitutionen nicht vertrieben.

Der Bericht über den Reformplan bildet einen Band von 450 Druckseiten. Er enthält erstens das Gesetz betreffend die Reformen der Zentral- und Provinzratskammern...

Der Zentralrat, früher aus 6 resp. 22 Mitgliedern bestehend, soll in einen Reichsrat von 68 Mitgliedern verwandelt werden. In diesem Rate sollen die von der Regierung ernannten Mitglieder eine Mehrheit von 3 Stimmen haben...

Die neuen Ratskammern treten schon im Januar zusammen, so daß die Wahlen bald stattfinden müssen.

Die Reform ist zwar sehr wenig weitgehend: sie gibt den gewählten Volksvertretern keine wirkliche Macht, wohl aber große Redefreiheit und eine Gelegenheit, in die Staatsgeschäfte eingeweiht zu werden.

Das Zentrum als nationaler Retter.

In den Versuchen des Zentrums, seine Bewilligung der neuen Steuern zu rechtfertigen, weist es mit besonderer Vorliebe darauf hin, daß es die Pflicht einer nationalen Partei sei...

Wir erinnern daran, daß, wie jüngst an dieser Stelle dargelegt wurde, im Jahre 1905 die „Kölnische Volkszeitung“ gegenüber den damaligen Steuerforderungen darauf drang...

Das Zentrum als nationaler Retter. In den Versuchen des Zentrums, seine Bewilligung der neuen Steuern zu rechtfertigen, weist es mit besonderer Vorliebe darauf hin...

Roch im November 1907 wies es die „Kölnische Volkszeitung“ entrüstet zurück, daß es die Pflicht des Zentrums sei, bei der Regelung der Reichsfinanzen durch Bewilligung neuer Steuern mitzuwirken.

„Würdige Zurückhaltung, etwas anderes kannes für das Zentrum nicht geben... Das Zentrum hat keine Verpflichtung dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen etwas Positives bei der Steuerfrage herauskommt.“

Im März 1909 wurde in der „Kölnischen Volkszeitung“ die Frage erörtert und rundweg verneint, ob das Scheitern der sogenannten Reichsfinanzreform ein Unglück sei oder nicht.

für das Reichsdefizit wohnt eine sehr große erzieherische Bedeutung im Sinne ernstester Sparfamkeit inne.

Mitte April 1909 hielt der Abgeordnete Trimborn in Köln eine Rede, worin er darüber klagte, wie schlecht das Zentrum behandelt werde; er zog daraus die Folgerung, daß es sich bei den ferneren Verhandlungen über die Reichsfinanzreform noch mehr als bisher zurückhalten müsse. Wörtlich sagte Herr Trimborn dann:

„Man hat uns in aller Form ausgeschaltet, und nun sollen wir bei dem widerwärtigsten und undankbarsten Geschäft den Heifer in der Not spielen. Ihr habt uns ausgepöbelt, wie sollten nicht mitziehen, nun zieht den Wagen allein aus dem Dreck!“

Als dann aber das Zentrum sah, daß es durch Abschaffung der Erbschaftsteuer und Verewigung der Schnapsliebhaberei den Volkspoprenge und sich an der Seite der Konservativen wieder den Platz an der Staatsfutterschuppe sichern konnte, da trat es aus seiner „Juridikalität“ heraus, da empfand es das Pflichtbewußtsein, eine „nationale Tat“ zu vollbringen und den Finanzarren „aus dem Dreck zu ziehen“, nachdem es ihn vorher mit einer halben Steuermilliarde, wozu vier Fünftel das arbeitende Volk treffen, beladen hatte. Das „widerwärtigste und undankbarste Geschäft“ ward ihm auf einmal zur Freude, nachdem es erkannt hat, daß es die Kosten des Geschäftes der beschlossenen Masse aufladen und den Gewinn den Großgrundbesitzern und Kapitalisten des Zentrums zuschieben konnte.

## Pfuscherei am Militär-Beschwerderecht.

Die aktiven Mannschaften des deutschen Heeres sind für den Fall, daß sie sich über einen Vorgesetzten beschweren wollen, verpflichtet, ihre Beschwerde binnen 5 Tagen zu erstatten. Beschwerden sie sich später als am 5. Tage, so wird ihrer Beschwerde nicht mehr stattgegeben, und sie werden überdies wegen Nichtbeachtung der Vorschriften bestraft.

Für die inaktiven Mannschaften bestand die Beschränkung der Beschwerdefrist auf 5 Tage bisher nicht. Wie nun in der bürgerlichen Presse mitgeteilt wird, soll diese Beschränkung nunmehr auch für die Mannschaften des Beurlaubtenstandes eingeführt werden oder bereits eingeführt sein!

An der Möglichkeit dieser Aenderung ist nicht zu zweifeln; können doch sogar die Bestimmungen der Heeresordnung, sofern nur nicht grundsätzliche Aenderungen in Betracht kommen, vom Kriegsministerium „erforderlichenfalls“ ohne weiteres geändert werden! Daß die Heeresordnung eine schwere Beeinträchtigung des Beschwerderechts der inaktiven Mannschaften bedeutet, liegt auf der Hand, zumal da weiter verlautet, daß Zwischverhandlungen nicht wie bisher disziplinarisch (also unter Umständen „nur“ mit Geld, Zurückverweisung in jüngere Jahresklassen und dergleichen), sondern grundsätzlich als „Ungehorsam“ mit Arrest bestraft werden sollen!

Statt der Zeitströmung zu folgen und das ohnedies schon so heftig bedrückte Beschwerderecht „Recht“ zu erleichtern, willigt Herr v. Heeringen, der neugebadene Kriegsminister, in eine Verschlechterung des Beschwerderechts, stellt er die Mannschaften des Beurlaubtenstandes noch mehr als bisher den aktiven gleich, ohne zu berücksichtigen, daß in dieser Gleichstellung eine ungeheuerliche Härte liegt. Denn während der aktive Mann im Arrest doch die Zeit verbringt, die er sonst dem „L. f. D. i. e. n. s. t.“ zu weihen hätte, und während der Freiheitsentzug, der über einen aktiven Soldaten verhängt wird, nur für diesen und für niemand sonst eine Strafe ist, entzieht man dem Manne des Beurlaubtenstandes, den man ins Loch sperrt, die Möglichkeit, Geld zu verdienen, bestraft man also Weib und Kinder des Reserve- oder Landwehmannes!

Wäre die Anzahl der Beschwerden wider Vorgesetzte sehr groß, dann ließe sich über die sonderbare Maßregel (vom Standpunkte der Militärbehörden) allenfalls noch reden; aber bekanntlich überlegt sich jeder Soldat — aktiver oder dem Beurlaubtenstande angehörig — sehr gründlich, ob er Beschwerde gegen einen Vorgesetzten einlegen soll, da ja ein großer Teil der Beschwerdeführer sich in den Ängeln und Hallstriden des Rechtsganges verstrickt und dabei selber in Strafe fällt. Auf den Kontrollversammlungen wird die Liste der im Verlauf der letzten sechs Monate bestraften Mannschaften des Beurlaubtenstandes verlesen, und in diesen Registern ist gerade die Zahl der wegen ungerechtfertigter Beschwerde über Vorgesetzte bestraften zumeist gleich Null!

Daß diesen Tatsachen gegenüber keine Ursache vorhanden ist, das Beschwerderecht der Reserve- und Landwehmannen noch weiter zu verschlechtern, das liegt klar auf der Hand. Und darum sollte im Reichstage mit dem neuen Kriegsminister auch in dieser Angelegenheit einmal deutsch geredet werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. November 1909

### Die „Christlichen“.

Wir berichteten gestern, nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ habe der Fürst zu Dohna-Schloditten, Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Königsberg Land-Fischhausen, in einer Rede vor seinen Wählern geäußert, das Zentrum habe sich nur unter der Bedingung zum Zusammenarbeiten mit den Konservativen bei der Reichsfinanzreform bereit finden lassen, daß die konservative Reichstagsfraktion jede Erbschaftsteuer ablehne.

Diese für die konservative wie die liberale Partei in gleichem Maße belastende Aeußerung des etwas allzu unvorsichtigen Fürsten Dohna wird jetzt auch von anderen Blättern berichtet. Nach der „Königsb. Hartungischen Ztg.“ sagte der Herr Reichstagsabgeordnete:

„Es wurde uns immer klarer, daß nicht die Annahme, sondern die Ablehnung der Erbschaftsteuer, welche das Zentrum zur Bedingung seiner Mitarbeit gemacht hatte, die Vorbedingung für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform war.“

Und er fügte weiter hinzu:

„Gäßen die Konservativen nur den Vorteil der Partei im Auge gehabt, so hätten sie die Erbschaftsteuer ruhig annehmen und dann die Hände in Unschuld waschen können. Das Zentrum hätte die Mitarbeit endgültig verweigert, und mindestens ein Teil der Freisinnigen hätte die indirekten Steuern abgelehnt.“

Auch unser Königsberger Parteiorgan, die „Königsb. Volksztg.“ meldet:

„Die Erbschaftsteuer hätte schon deshalb abgelehnt werden müssen, weil die Sozialdemokratie für sie eintrat. Die Erbschafts-

steuer bedeute einen Schritt zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Ziels. . .

Der Liberalismus hege jetzt die Massen auf. Gäße ein Teil der Konservativen für die Erbschaftsteuer gestimmt, so daß diese angenommen worden wäre, dann wäre die Finanzreform nicht zustande gekommen. Das Zentrum hätte dann nicht für sie gestimmt und ein Teil der Freisinnigen hätte sicherlich die indirekten Steuern abgelehnt.“

Danach scheint tatsächlich das Zentrum als Bedingung für seine Mitarbeit die Forderung gestellt zu haben, daß die Konservativen jede Erbschaftsteuer strikte ablehnen; und die Konservativen haben diese Forderung ruhig akzeptiert, obgleich sie wußten, daß dadurch der konservativ-liberale Block gesprengt und Bülow zur Abdankung gezwungen werde. Wir machen ihnen aus dieser Abschließung des vierten Kanzlers sicher keinen Vorwurf; aber dann sollten wenigstens die konservativen Blätter nicht noch immer verschämen, die konservative Partei bedauerns auferordentlich, daß Bülow nicht auf seinem Posten geblieben sei.

## Das konservativ-liberale Kompromiß im 12. Berliner Landtagswahlkreise.

Nach einer Berliner Blättermeldung haben am 20. November die Wahlausschüsse der konservativen, national-liberalen und freisinnigen Parteien im 12. Berliner Landtagswahlkreise sich darüber geeinigt, daß bei der Abgeordnetenwahl die Wahlmänner sämtlicher Parteien sofort für den freisinnigen Kandidaten Dr. Runge stimmen sollen.

Diese Taktik wird damit motiviert, daß eine Mehrheit bürgerlicher Wahlmänner zwar gewählt worden sei, daß sich aber andererseits das genaue Stärkeverhältnis der bürgerlichen Parteien deshalb nicht feststellen lasse, weil bei den Wahlmännerwahlen innerhalb der bürgerlichen Parteien zur Vermeidung gegenseitiger Erbitterung überall Kompromißkandidaten aufgestellt worden seien. Diese Behauptung ist unrichtig. Nicht für Kompromißkandidaten stimmten bei den Wahlmännerwahlen die bürgerlichen Parteien gemeinsam, sondern sie einigten sich nur auf bestimmte Kandidaten, die bereits bei der Hauptwahl von den verschiedenen Parteien aufgestellt worden waren. Dies Verfahren war eingeschlagen worden, um der Sozialdemokratie ja jede Möglichkeit auf Erfolg zu vereiteln. Bei der Hauptwahl hatte man die umgekehrte Taktik eingeschlagen. Heißt es doch auch in dem Auszug aus dem offiziellen Verhandlungsprotokoll der Vereinbarungen vom 20. November:

„Es wurde zunächst übereinstimmend festgestellt, daß infolge des selbständigen Vorgehens der drei bürgerlichen Parteien bei der Landtagswahl mehr bürgerliche Wähler zur Abgabe der Stimme herangezogen worden sind, als es bei Aufstellung eines Kompromißkandidaten von vornherein vermutlich der Fall gewesen sein dürfte.“

In dem offiziellen Protokoll wird also zugestanden, daß die drei Parteien gesondert vorgehen, um mehr Urwählerstimmen auf sich zu vereinigen, als zu erwarten gewesen wäre, wenn man von vornherein nur die Kandidatur Runge aufgestellt hätte. Wenn nun aber trotzdem bei der Abgeordnetenwahl das umgekehrte Verfahren eingeschlagen werden soll, so bedeutet das nichts anderes, als daß die Wahlausschüsse der drei bürgerlichen Parteien die Stimmen der Urwähler, die sie unter einer Vorpiegelung falscher Tatsachen auf sich vereinigt haben, jetzt dazu mißbrauchen wollen, um den famosen Freisinnsmann Runge durchzubringen.

Aber nicht nur die Urwähler sind dabei mißbraucht worden, sondern man scheint auch über die Köpfe der Wahlmänner hinweg eine solche Vereinbarung getroffen zu haben. Es wird sich ja zeigen, ob die Wahlmänner ohne weiteres bereit sind, wie die Unteroffiziere einzuschwenken!

## Die Marine und die Kolonien in dem Reichshaushaltsetat.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fährt mit der Veröffentlichung der Zahlen aus dem Reichshaushaltsetat für 1910 fort. Sie bringt zunächst die Daten über die Ausgaben der Marine. Der Etat der Marineverwaltung beträgt insgesamt 431 088 233 M. Unter diesen Ausgaben entfallen auf Schiffbauten und Armierungen 243 550 000 M. Interessant ist, daß sich auch die Ausgaben für die Unterseeboote gesteigert haben. Es werden dafür 15 Millionen gefordert, das heißt fünf Millionen mehr als im vorjährigen Etat. Im ganzen bedeutet der Marineetat wiederum eine ganz erhebliche Steigerung gegenüber dem vorjährigen Etat, der nur 399 Millionen erforderte.

Der Haushaltsetat der Schutzgebiete schließt in Einnahme und Ausgabe mit 109 351 238 M. ab. Der Reichszuschuß für die Reichsschutzgebiete beläuft sich insgesamt auf 29 617 542 M. Die Einnahmen der Schutzgebiete sind insgesamt um 10 358 234 M. gewachsen. Davon entfällt der größte Teil auf die Einnahmen von Südwestafrika. Dort rechnet man für das Jahr 1910 mit einem Verkauf von 550 000 Karat Diamanten und speziell an Ausfuhrzoll dafür auf 4800000 Mark. Auch die Einnahmen der Bergverwaltung veranschlagt man dort infolge des Diamantbergbaues auf 1 701 000 M. Die Einnahmen aus den übrigen Schutzgebieten sind also nur sehr unwesentlich gewachsen, dagegen sind die Ausgaben, wie z. B. für Ostafrika, Logo und Kamerun, nicht unwesentlich gestiegen. Ohne die ganz zufälligen Diamantfundes, die aber immer noch einen Reichszuschuß von rund 30 Millionen Mark notwendig machen, wäre also die Kolonialbilanz auch für das Jahr 1910 noch eine viel trübseligere, als sie es ohnehin ist.

## Eine wichtige Nachwahl.

Das Mandat des Reichstagswahlkreises Wäheim a. Rh. - Wipperfurth-Summersbach ist am Mittwoch durch das Ableben des Zentrumsabgeordneten de Witt, Amtsgerichtsrat zu Köln, freigeblieben. Der Wahlkreis ist seit 1874 ununterbrochen im Besitze des Zentrums, doch ist er nicht mehr ganz sicherer Besitz. Die Sozialdemokratie ist im Wahlkreise langsam, aber stetig gewachsen, sie stand schon 1908 mit dem Zentrum in Stichwahl. Damals hatten die Sozialdemokraten 7871, das Zentrum 15 705, die Nationalliberalen und Freisinnigen 7688 Stimmen. In der Stichwahl siegte natürlich das Zentrum. Bei den Gottenstedenwahlen von 1907 trat eine Verschiebung zumungunsten der Sozialdemokratie ein — sie steigerte ihre Stimmenzahl zwar auf 8338, doch erhielten die Nationalliberalen 11 218, so daß die Sozialdemokratie an die dritte Stelle gedrückt wurde. Das Zentrum erhielt 19 058 Stimmen und siegte also im ersten Wahlgange, allerdings mit rund 200 Stimmen Mehrheit.

Das Zentrum wird also diesmal unter ungünstigen Umständen einen Wahlkreis zu verteidigen haben, in dem es mit ernsthaften Gegnern zu tun hat. Das wird unsere Genossen im Wahlkreise jedenfalls zu äußerster Kraftanstrengung anspornen.

## Vergeblliche Mohrentwäsche.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:

Ueber die Ursachen der Raddobkatakastrope brachte die „Kölnische Zeitung“ vor einigen Tagen eine Notiz, wonach die gerichtliche Untersuchung, die beim Landgericht Münster schwelgt, nicht eher zum Abschluß gelangen könne, bevor nicht auch die dritte Sohle ausgewältigt und alle Herbe der Katakastrope freigelegt und geprüft seien. Als besonderes Moment wird in der Notiz hervor-gehoben, daß sich bei den Aufwältigungsarbeiten des Pläzes 3 im Westen ein „Spalt im Liegenden“ gezeigt habe, der vorher nicht beachtet worden sei. Der Spalt soll etwa 20 Zentimeter breit sein und etwa 15 Meter zickzackförmig verlaufen. Durch Messungen und sonstige Experimente will man weiter festgestellt haben, daß der geheimnisvolle Spalt weit nach unten führt und — das ist dann die Hauptsache in der Beschreibung — „dieser Spalt läßt auf einen Gasausbruch als Ursache der Explosion schließen“. Da hätte man also mit einem Male die Ursache der Raddobkatakastrope in elementaren Einwirkungen entdeckt. Die Raddob-Verwaltung stände rein da. Wirklich ausgezeichnet. Man scheint sich schon ziemlich stark in diesen Gedanken eingelebt zu haben, denn, wie die „Köln. Ztg.“ weiter mitteilt, soll inzwischen eine Reihe von Vertretern von Berg-hörden, namhafte Sachverständige aus dem Bezirk sowie auch der Arbeiterratschuh der Zeche Raddob die Stelle besahen haben, um sich ein Urteil bilden zu können! Auch ein Gelehrter der Bergbaukunde, Professor Heise, wird schon als Zeuge dafür ins Feld geführt, daß sich in englischen Gruben ähnliches wie dieser geheimnisvolle „Spalt“ gezeigt haben soll.

Man ist also auf dem besten Wege, die skandalösen Zustände vor der Katakastrope mit dem Eingreifen einer „höheren Gewalt“ zuzubeden. Schade für die Herrschaften, daß wir ihnen bezüglich des „vorher nicht beobachteten“ Spaltes etwas anderes sagen müssen. Unter den Ueberlebenden der Raddobkatakastrope befinden sich nämlich einige, die zufällig in der angegebenen Strecke, wo der geheimnisvolle Spalt jetzt entdeckt ist, gearbeitet haben. Und von diesen Leuten wird behauptet, daß der Spalt schon monatelang vor der Katakastrope in unmittelbarer Nähe eines Aufsprunges des Pläzes vorhanden gewesen sei, jedoch damals nur in einer Breite von 5 bis 8 Zentimeter. Wenn die Oeffnung jetzt circa 20 Zentimeter betragen soll, so erklären die Bergarbeiter das damit, daß die Wucht der Explosion die Oeffnung erweitert haben könne. Der Spalt habe sich nicht nur im Liegenden, sondern auch im Hangenden gezeigt. Es sei das auch gar nichts Besonderes, sondern eine im Bergbau öfter, namentlich im Flachgebirge, auftretende Erscheinung.

Man soll also nur die Arbeiter, die an jener Strecke gearbeitet haben, vernehmen, die werden den Herrschaften schon sagen, was es mit dem geheimnisvollen „Spalt“ auf sich hat.

## Künstliche Wahlbeeinflussungen in Oberschlesien.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz i. O.-Schl., die erst in der Stichwahl endgültig entschieden werden, haben Kommunal-, Staats- und Reichsbeamte für das mit den Polen zusammengehende Zentrum gestimmt. Die „liberale“ „Kattowitzer Zeitung“, im Munde mit der reaktionären „Schlesischen Zeitung“, denunzierten alle Beamten, die für das Zentrum stimmten und forderten deren sofortige Disziplinierung. Diese Scham-machereien haben auch das liberale Stadtoberhaupt von Kattowitz veranlaßt, folgende Verfügung zu erlassen:

„Ich erwarte, daß alle Beamten und Angestellten bei den Stadtverordneten-Stichwahlen am 29. November 1909 ihre Wahlrecht ausüben, und daß sie ihrer Treupflicht gegen Staat und Stadt eingedenk bleiben.“

Kattowitz, 10. November 1909.  
Der Erste Bürgermeister,  
gez. Pohlmann.“

Das heißt nicht mehr und nicht weniger: Alle Beamten, die für das mit den Polen koalitierte Zentrum stimmen, vergehen sich gegen den Dienst und haben die Folgen zu tragen.

## Kommunalwahlen.

Kiel, 24. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden ein Sozialdemokrat und sechs Bürgerliche gewählt. Die Bezirkswahlen haben ihren Zweck für die Bürgerlichen erfüllt. Die Sozialdemokraten haben 1200 Stimmen gewonnen.

Bei den Stadtratswahlen im Reichstagswahlkreise Solingen, die nunmehr in allen Gemeinden beendet sind, haben die Sozialdemokraten in sämtlichen Gemeinden ihre Mandate behauptet und in mehreren Gemeinden sogar neue Sitze im Stadtrat errungen. Zusammenfassend läßt sich über den Ausfall der Wahlen und über die Stärke der sozialdemokratischen Fraktionen in den einzelnen Gemeinden des Reichstagswahlkreises folgendes sagen: In Solingen besitzien die Sozialdemokraten die sämtlichen 10 Mandate der dritten Abteilung, ebenso in Gräfrath die 6 Mandate dieser Abteilung. In Sölscheid sind jetzt die acht Mandate der dritten Abteilung und fünf Mandate der zweiten Abteilung, zusammen 13 Mandate in ihrem Besitz, so daß Sölscheid die erste preussische Gemeinde ist, in der die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Versammlung haben. In Wald befinden sich sämtliche acht Mandate der dritten Abteilung und ein Mandat der zweiten Abteilung im Besitz der Sozialdemokratie, während sie in Ohligs die ganze dritte Abteilung mit acht Mandaten beherrscht. In Reichlingen wurden zum ersten Male zwei Sozialdemokraten in der dritten Abteilung gewählt, während die Genossen in dem kleineren Landstädtchen Urscheid in der dritten Abteilung mit nur zwei Stimmen in der Minorität blieben. Die Sozialdemokratie verliert somit in den Stadtparlamenten des Kreises Solingen über 48 Stadtverordnetenplätze.

In Spremberg wurden drei Sozialdemokraten gewählt, die 300—400 Stimmen erhielten, während es die Gegner nur auf insgesamt 349 Stimmen brachten. Zwei der gewählten Genossen wurden 1901 zum ersten Male mit 133 und 154 Stimmen gewählt, 1907 unterlagen sie mit 336 Stimmen.

In Schonnebeck (Kr. Essen), wo vor drei Jahren die ersten drei sozialdemokratischen Gemeindevertreter gewählt wurden, gelang es bei der Wahl am Montag und Dienstag — im scharfen Kampfe gegen Zentrum und Nationalliberale — die anderen drei Mandate der dritten Abteilung zu erobern.

In Rahlleben bei Oberstein errangen unsere Genossen am Dienstag auch das Mandat in der zweiten Klasse, so daß von den sechs Gemeinderatsmitgliedern jetzt drei in Händen der Sozialdemokratie sind.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Ramenz (Sachsen) wurde ein Sozialdemokrat wieder- und einer neu gewählt.

Bei der Wahl der Gemeindevertreter in Gellershagen bei Giefersfeld wurden in der dritten Abteilung zwei Genossen gewählt. In der zweiten Abteilung wurde ein Mandat

erobert. Im Gemeinderat sitzen jetzt fünf Sozialdemokraten und vier bürgerliche Vertreter.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtoberordnetenwahl in Guben erhielten die Gegner 1440 bis 1615, die Sozialdemokraten 1565 bis 1583 Stimmen. Während die Gegner einen Stimmenverlust von 200 aufzuweisen haben, nahm die Sozialdemokratie 400 Stimmen zu. Die sozialdemokratischen Kandidaten stehen viermal in Stichwahl. Ein Sozialdemokrat wurde in der Erstwahl gewählt.

Weißenfels (Prov. Sachsen), 24. November. In der heutigen Stadtoberordnetenwahl der dritten Abteilung siegen zum erstenmal die vier sozialdemokratischen Kandidaten mit etwa 200 Stimmen Mehrheit.

### Eine gute Antwort

auf die Verweigerung des gleichen Rechts für die Sozialdemokratie in Hessen war die Weigerung der sozialdemokratischen Kandidaten Peter Erkrath mit 593 über den Zentrumsmann, der 875 erhielt, wie schon in der Dienstausschussmeldung. Die „Mainzer Volkszeitung“ schreibt dazu:

„Wahlheim a. M. im Kreise Offenbach war die Klippe, an der die Befähigung unserer sozialistischen Bureaukratie feinerzeit gescheitert ist. Durch die Nichtbestätigung des in Wahlheim zum Weigeordneten gewählten Genossen Zahn, wegen seiner Parteistellung, hat die hessische Regierung zum erstenmal den Boden der Verfassung verlassen. Die folgenden Nichtbestätigungen waren die weiteren Schritte auf dem abwärtsführenden Wege brutaler Rechtsbeugung. Am „unbarmhertigen“ Sinn der Wahlheim Kommunalwähler ist die Verfassung zerstückelt. An Stelle des wiederholt nichtbestätigten Genossen Zahn hatte die Regierung nach vielem Suchen einen Weigeordneten ernannt. Leicht ist es der Regierung nicht geworden jemand zu finden, der die Gemütsverfassung besah, sich gegen den Willen der Wähler „ernennen“ zu lassen. Ausgerechnet ein Zentrumsmann war es, der dem „ehrenvollen“ Aufseher Folge leistete und sich auf drei Jahre zum Weigeordneten ernennen ließ. Peter Schlip IV. heißt der Mann. Seine dreijährige Amtszeit war nun herüber, da die Regierung nur auf die Dauer von drei Jahren ernennen kann. (Er kandidierte jetzt für die Bürgerlichen.) Die Wähler von Wahlheim haben gezeigt, daß sie nicht gesonnen sind, sich ihr Wahlrecht rauben zu lassen. Im übrigen muß man den Mut der Ultramontanen bewundern, den von der Regierung ernannten früheren Weigeordneten Schlip den Wählern zur Wahl vorzuschlagen.“

### Die Krise in der Mittelstandsvereinigung.

Dadurch, daß die Berliner Führer der Mittelständler, Landtagsabgeordneter Bahardt und Tischlerinnungs-Obermeister Nicht, sich dem „Hansabund“ angeschlossen haben — Nicht hatte in der Gründungsversammlung des „Hansabundes“ im Rahmen von 300 000 deutschen Handwerkern dem „Hansabund“ Sympathie ausgesprochen — sind starke Reibungen in der deutschen Mittelstandsbewegung entstanden. Die schlesischen und sächsischen Mittelständler stehen unter dem Einflusse des „Bundes der Landwirte“; sie wollen mit dem „Hansabund“ nichts zu tun haben. Die rheinischen Mittelständler sind hingegen stark beeinflusst vom Zentrum, und da ferner sich der „Hansabund“ auch gegen die Wirtschaftspolitik des Zentrums richtet, so erklärt sich, daß die rheinischen Mittelstandsgruppen ebenfalls von einem Anstöße an den „Hansabund“ nichts wissen wollen.

Die seit Monaten währende Gärung innerhalb der Mittelstandsvereinigung kam am vergangenen Sonntag in Leipzig zum Ausbruch. Dort waren die sächsischen Mittelständler vereinigt; sie hatten sich Delegierte aus dem Rheinlande bestellt und die konservativen Abgeordneten Pauli und Malfewitz zur Hilfe verpflichtet. Bahardt und Nicht fielen dem auch mit ihrer Vertretung des „Hansabundes“ stark ab und schließlich — als über eine Resolution gegen die Bahardtische Richtung abgestimmt werden sollte — verließen die Berliner Delegierten protestierend den Saal.

Der Vorgang wird auf der einen Seite zugunsten des „Bundes der Landwirte“ ausgelegt. Die Bahardtische Richtung erklärte die Leipziger Konferenz für völlig bedeutungslos, da ihr nicht das Recht zustehe, über die Stellung der gesamten Mittelstandsvereinigung zu befinden.

Nächsten Sonntag wird in Berlin die 6. ordentliche Generalversammlung der Deutschen Mittelstandsvereinigung zusammenzutreten und auf dieser Generalversammlung soll der Streit endgültig zum Austrag gebracht werden. Die Breslauer haben allerdings schon erklärt, sie würden nicht nach Berlin gehen und die Bahardtische Politik nicht mitmachen. Die Berliner Handwerker stehen dagegen fest hinter Bahardt und Nicht. Man nimmt an, daß es zu einer Spaltung in der Mittelstandsbewegung kommt.

### Wahlrecht und Steuerpflicht.

Im sächsischen Landtag wurde am Montag über einen nationalliberalen Antrag verhandelt, der eine einheitliche Verjährung für alle Steuerrückstände fordert. Die Veranlassung dazu war der unersörte Zustand, daß bei der letzten Landtagswahl in Sachsen ein Passus im Wahlgesetz ganz verschieden ausgelegt und gehandhabt worden ist. Während man in einem Regierungsbezirk (Zwickau) nur den Steuerrückständen aus dem Jahre 1908 wahlentrechtende Wirkung zumah und daher nur Steuerrestanten aus diesem Jahre von der Wählerliste strich, wollte man anfangs in allen übrigen Kreisoberhauptmannschaften allen später als 1908 entstandenen Steuerrückständen ohne Rücksicht auf eine Verjährung eine stimmentrechtberaubende Wirkung geben. Schließlich hat man zwar die dreijährige Verjährungsfrist anerkannt, aber im Regierungsbezirk Zwickau ist die Behörde auf ihrem Standpunkt stehen geblieben. Infolgedessen wurden bei der letzten Landtagswahl in der Kreisoberhauptmannschaft Zwickau nur die Steuerrestanten aus dem Jahre 1908 zum Stimmentrecht ausgenommen, dagegen ließ man sie in den übrigen Regierungsbezirken mitwählen; dafür entzweite man dort die Steuerrestanten aus den Jahren 1906 und 1907. Durch dieses widersprüchliche Verfahren ist sicher in mehreren Wahlkreisen das Wahlergebnis beeinflusst worden. Was die Steuerrestantenbestimmung und ihre widersprüchliche Anwendung bedeutet, geht daraus hervor, daß in Dresden allein aus den Jahren 1906 und 1907 7300 Steuerrestanten vorhanden waren. Daraus kann man schließen, daß es in ganz Sachsen mindestens 60 000 Wahlberechtigten sind, die infolge des Steuerrestantenpassus ums Wahlrecht gekommen sind.

Der nationalliberale Antrag änderte an diesem Wirrwarr so gut wie nichts. Denn danach sollte der unglückselige Passus über die Steuerrestanten unverändert bestehen bleiben. Von der sozialdemokratischen Fraktion wies Genosse Rißke den Nationalliberalen nach, daß ihr Antrag eine Verringerung gar nicht herbeiführe. Eingehend behandelte der sozialdemokratische Redner die widersprüchliche Handhabung des Steuerrestantenpassus und wies ferner nach, daß er in einer den Willen der Gesetzgeber zuwiderlaufenden Weise angewendet worden sei, denn die beiden Kammern des Landtages hätten nur den Steuerresten aus dem letzten Jahre vor der Wahl eine wahlentrechtende Wirkung geben wollen. Er forderte die Streichung des ganzen Passus aus dem Wahlgesetz, der eine tüchtige Wahlentrechtung von hinten herum bedeute. Den Nationalliberalen wies er nach, daß, wenn sie wollten, eine Mehrheit für völlige Aufhebung der Steuerrestantenbestimmung in der Zweiten Kammer vorhanden sei.

Aus den Erwiderungen der nationalliberalen Redner ging hervor, daß ihnen die sozialdemokratische Kritik sehr unangenehm gewesen war. Sie wandten sich förmlich vor Verlegenheit, die der Antragsteller, Abg. Heintze, schließlich unter ausfälligen Bemerkungen, wie Agitationen usw., zu verbergen suchte.

Der nationalliberale Antrag wurde der Gesetzgebungsdeputation überwiesen. Bei der Beratung ihres Wahlrechts-

antrages wird die sozialdemokratische Fraktion Gelegenheit haben, auf die Angelegenheit zurückzukommen.

### Ein schlagfertiger Gendarm.

Vor dem Kriegsgericht in Breslau hatte sich der Gendarmmeisterwachmeister Max Vogel aus Lublin zu verantworten. Er hatte in einer Nacht bei Feststellung der Personalien eines Arbeiters diesem ohne jede Veranlassung mehrere Schläge mit dem Seitengewehr versetzt. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu acht Tagen gefängnis in Arrest.

### Bureaucratische Langsamkeit.

Innerhalb kürzester Zeit häufen sich die Fälle einer mehrmonatlichen Verzögerung der Unterstützungsgesuche arbeitsloser Tabakarbeiter. Heute geht uns weiter folgende Angelegenheit an:

Der Hagenmacher W. Löns arbeitete von 1904 in Friedrichswalde. Infolge des neuen Tabaksteuergesetzes wurde er am 28. August 1900 arbeitslos. Er reichte deshalb am 9. September beim Gemeindevorsteher in Friedrichswalde ein Unterstützungsgesuch ein und gleichzeitig, um nicht sehzugehen, beim Postamt Eberswalde. Auf seine Anfrage vom 10. November erhielt er vom Postamt Eberswalde den Bescheid, daß die Sache beim Hauptpostamt in Grenzland liege. Auf eine dorthin gerichtete Anfrage ist bis heute, den 21. November, noch keine Antwort erfolgt. Also nach zwölf Wochen der Arbeitslosigkeit noch keine Unterstützung! Und doch ist dieser Arbeiter körperlicher Gebrechen wegen außer Stande, andere Arbeit zu übernehmen. Sein Jahresverdienst vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 betrug 557,25 M. Daß davon nichts erspart werden konnte, ist selbstverständlich.

### Gausagravier-Politik.

Die Danziger Stadtoberordneten verlagten am 23. Nov. die Wertzuwachssteuer-Vorlage des Magistrats schon in erster Lesung noch kaum zweifelhafte Beratung, trotz des entschiedenen Widerpruches des Oberbürgermeisters, mit 29 gegen 12 Stimmen auf den St. Rimmerleinstag.

### Nationalliberale Hörige des Scharfmacherverbandes.

München, 24. November. Die „Münchener Post“ macht heute die Mitteilung, der Zentralverband deutscher Industrieller habe den Abgeordneten Wasserfall und Stresemann mit der Entziehung der Wahlsubsidien gedroht, wenn sie nicht bei den sozialpolitischen Abstimmungen im Reichstage im Sinne des Zentralverbandes Votierung bewiesen.

„Bergbettelmann.“ Vor kurzem haben wir gerügt, daß ein Berginvalide auf ein Gehalt eine Antwort erhielt, die adressiert war: „An den Bergbettelmann Herrn...“ Zur Aufklärung wird nun amtlich mitgeteilt, daß der tragische Berginvalide sich in seiner Eingabe in der Unterschrift selbst als Bergbettelmann bezeichnet und der betreffende Bureaubeamte dies nachgeschriebene habe, ohne sich selbst hierbei etwas zu denken. Dem Beamten sei das Erforderliche eröffnet worden.

### Oesterreich.

#### Die Parlamentskrisis.

Wien, 24. November. In der heutigen Obmannerkonferenz richtete der Präsident des Abgeordnetenhauses an die Vertreter der „Slawischen Union“ die Frage, ob sie auf der Verhandlung ihrer Dringlichkeitsanträge bestanden. Abgeordneter Suseriitsch erklärte, der Beschluß, den Parteien der Slawischen Union die Zurückziehung jener Anträge zu empfehlen, sei gestern nicht zustande gekommen. Abgeordneter Silvester erklärte, die deutschen Parteien seien aufs entschiedenste gegen die Wirtschaft mit § 14 und würden alles tun, um die Verhandlung des Budgetprovisoriums zu ermöglichen. Sie seien prinzipiell nicht abgeneigt, mit der Slawischen Union zu verhandeln, müßten jedoch auf der bedingungslosen Aufgabe der Obstruktion bestehen. Abgeordneter Lueger beantragte, die erste Lesung des Budgetprovisoriums auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Der Ministerpräsident verwarf sich entschieden gegen die Annahme, als ob die Regierung die Verhandlungen zwischen den Parteien zu fördern beabsichtige, und stimmte der von dem Abgeordneten Dr. Adler geäußerten Ansicht zu, daß es sich bald herausstellen werde, ob es sich um eine ernsthafte Beratung der in den Dringlichkeitsanträgen berührten wichtigen Angelegenheiten handle, worauf man zur Erledigung des Budgetprovisoriums gelangen werde. Die Regierung, welche dies innigst wünsche, werde gewiß alles tun, um dieses Ziel zu erreichen. Finanzminister Dr. von Bilinski erklärte, falls das Budgetprovisorium nicht bewilligt würde, müßten im Budget gewisse Einschränkungen im beiläufigen Betrage von 100 Millionen Kronen vorgenommen werden. Heute wird das Haus mit der Verhandlung der Dringlichkeitsanträge über den Schuß der Minoritäten beginnen.

Heber die Sitzung selbst wird telegraphiert: Die Regierung wurde beim Erscheinen im Saale von den Tschechisch-Radikalen mit andauernden feindlichen Zurufen empfangen. Das Haus begann hierauf die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge betreffend den Schuß der Minoritäten und ähnliche nationale Fragen. Die Regierung unterbreitete hierauf ein sechsmonatiges Budgetprovisorium und die Vorlage betreffend das Rekrutenkontingent.

### England.

#### Die Sitzung des Oberhauses.

London, 24. November. Im Oberhause wurde die Budgetdebatte heute bei vollbesetztem Hause fortgesetzt. Das Interesse ist unermindert. Da sich eine große Anzahl der Peers zum Worte gemeldet haben, so ist es ausgeschlossen, daß die Debatte noch in dieser Woche geschlossen wird. Die Abstimmung dürfte nicht vor dem 30. d. M. zu erwarten sein.

Im weiteren Verlaufe der Beratung sagte der Erzbischof von Canterbury, daß er und die Bischöfe neutral bleiben würden. Lord Rosebery verurteilte das Budget zwar in heftiger Weise, er erklärte aber, die von Lansdowne eingebrachte Resolution nicht unterstützen zu können.

### Zur Krise.

Paris, 24. November. Der „Matin“ veröffentlicht ein Interview seines Londoner Korrespondenten mit dem bekannten Liberalen Sir Charles Dilla. Dieser erklärte, daß allgemeine Neuwahlen unermittellich seien. Es scheint ihm nicht zweifelhaft, daß die Liberalen eine Anzahl Sitze, unter anderem in London, einbüßen würden, daß aber das endgültige Resultat für die Liberalen günstig bleiben werde. Seiner Meinung nach werde in der nächsten Woche die Kammer die bereits abgelehnte Erklärung erneuern, daß der Wille des Volkes maßgebend ist. Nach den Wahlen wird der Vorschlag Sir Campbell Bannermans geprüft werden, dahingehend, daß das parlamentarische System der Vorherrschaft des Volkswillens überall angewendet wird, und daß ein Gesetzentwurf, welcher vom Unterhause angenommen worden ist, trotz Opposition des Oberhauses Gesetzeskraft erlangt unter der Bedingung, daß er wiederholt dem Oberhause unterbreitet wird und ein gewisser Zeitraum inzwischen verstrichen ist, und daß ein Inkrafttreten dieser Maßregel eine

Intervention der Krone notwendig macht. Sollte dieser Antrag nicht durchgehen, so wird die liberale Regierung sich weigern, die Regierungsgewalt zu übernehmen.

### Verurteilte Frauenrechtlerinnen.

London, 24. November. Zwei Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die am 28. Oktober bei der Wahl eines Abgeordneten zum Unterhause im Stadtteil Vermondsey verurteilt hatten, die Stimmzettel dadurch zu vernichten, daß sie eine ätzende Flüssigkeit in die Wahlurne gossen, wurden heute zu vier bzw. drei Monaten Gefängnis verurteilt.

### Dänemark.

#### Für das gleiche Wahlrecht.

Der Minister des Innern hat am Freitag dem Folkething einen Gesetzentwurf zur provisorischen Umgestaltung der Wahlkreisverteilung und zur Einführung von Stichwahlen vorgelegt. Zweck des Entwurfs ist vor allem, die Ungleichheit der Wahlkreise zu beseitigen, die das gleiche Wahlrecht zum Nachteil der großen Städte mit starker Arbeiterbevölkerung herbeiführt. Der Regierungsentwurf stimmt in den Hauptzügen mit dem Entwurf überein, den die Sozialdemokratie im verfloffenen Sommer vorlegte. Die Zahl der Wahlkreise und damit der Abgeordneten soll von 114 auf 127 erhöht werden. Kopenhagen erhält statt der jetzigen 14 Wahlkreise 18, Aarhus statt drei, Aalborg statt eines zwei Wahlkreise usw. Die Stichwahlen sollen sogenannte freie sein, bei denen alle Kandidaten wieder zur Wahl stehen und selbst neue Kandidaten nominiert werden können, so daß schließlich doch die relative Mehrheit entscheidet.

### Rußland.

#### Die Arbeit des Galgens.

Der verfloffene Monat, in welchem das Stolypinsche Parlament wieder seine „Arbeiten“ aufnahm, zeichnet sich durch eine ungewöhnliche Menge von Todesurteilen aus. Es wurden im Oktober 136 Personen zum Tode verurteilt, während im September 134, im August 63 Todesurteile gefällt wurden. Nach den unvollständigen Angaben der Tagespresse wurden im Oktober 15 Hinrichtungen vollstreckt.

Insgesamt wurden vom 1. Januar bis 1. November dieses Jahres 1174 Todesurteile gefällt und 463 Personen hingerichtet.

### Finland.

#### Zur Auflösung des Landtages.

Das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie, der „Työmies“, äußert sich über die neueste Auflösung der Volksvertretung folgendermaßen:

Übermals hat der Modusproch in äußerlich gesetzlicher Form die Volksvertretung auseinander gejagt, während sie kaum vor einem halben Jahre an die Arbeit trat. Das Auflösungsgebot schweigt sich über die Gründe der Auflösung aus. Aber jedem leuchtet es ein, daß die Auflösung erfolgte, weil die Volksvertretung die Millionenkongtribution ablehnte. Die Tatsache, daß die Volksvertretung — einmütig! — den kaiserlichen Erlass vom 8. Oktober in Militärangelegenheiten und die daraus resultierende Millionenforderung als mit der Landesverfassung in Widerspruch stehend erklärte und in die Auszahlung nicht einwilligte, hat den Monarchen bewogen, die Volksvertretung aufzulösen.

Unsere bürgerlichen Zeitungen finden dies natürlich. Das Organ der Finnen betonte, diese Frage habe dem Volke noch nicht vorgelegen, und das der Jungfinnen sagte, man verstände weder im Auslande noch in Finnland in dieser Frage den Standpunkt der Volksvertretung.

Dabei ist freilich nichts zu verwundern. Der Gedankengang dieser Parteien, die die genannten Organe vertreten, ist folgender: Die Regierung verfügt etwas, was grundsätzlich ungesetzlich ist. Sie sagt, daß die Militärfrage außerhalb der Reichsbehörde der finnischen Volksvertretung stünde, fordert dabei die sofortige Auszahlung von 20 Millionen, schreibt der Volksvertretung vor, 2—3 Millionen aus dem Militärfonds, 8—9 Millionen aus den bewilligten Steuererträgen und dem Ueberfluß der Bank von Finnland zu entnehmen und zeigt an, die Kongtribution bis auf 20 Millionen jährlich steigern zu wollen. Das ist ungewissenhaft, gefehlwidrig, aber — sagen die Suometarianer und die Jungfinnen — da die Summe eine mäßige (!) ist, so wollen wir sie auszahlen lassen, wir drücken die Augen zu und stellen uns so, als merkten wir gar nicht, daß das eigentlich der Staatsstreich ist und stärken noch den Glauben an die Gesehmächtigkeit der Forderung.

Auch die übrigen bürgerlichen betonen, daß die geforderte Summe nicht allzu hoch sei, nur wollten sie nicht eine so große Portion Ungeheuerlichkeit dazu schließen, und würden es lieber sehen, daß die Regierung das Geld auf zivilisierterer Art forderte.

Unser Standpunkt ist ein anderer. Das Proletariat findet nicht, daß diese Summen zum Heilen des Militarismus als „mäßige“ zu bezeichnen sind. Noch weniger können wir sie einer Regierung bewilligen, die die Menschenrechte der eigenen Staatsbürger mit Füßen tritt und sich nun auch vorgenommen hat, die „Segnungen“ einer solchen Politik auf unser Land auszudehnen.

Herrlich in dieser Frage irgendwelche Unklarheit? Ist es notwendig, das Volk darüber zu befragen, was es über diese Gewaltakte denkt, die bereits erfolgt sind und die noch geplant werden? Wir glauben, nein! — Aber wenn die Bürgerlichen democh anderer Meinung sind, wenn sie wirklich glauben, daß das Volk sich für die Bewilligung der Kontributionen auszusprechen wird — nicht als Geschenk, sondern als Zwangsaufgabe — so möge das Volk entscheiden.

In drei Jahren vier Wahlen — das ist eine Leistung! Die bürgerlichen beklagen, das ermüde und — läme zu teuer. Grundbedeutend ist es freilich, namentlich, wenn man bedenkt, wie die bürgerlichen Parteien sich bemühen müssen, um sich nicht in ihren falschen Versprechungen zu verirren. Und teuer sind sie freilich, denn für eine schlechte Sache kann man nur für teures Geld Vertreter finden!

Aber der Arbeiterschaft ist jeder Wahlkampf willkommen — besonders aber jetzt, wo die Gewaltmaßnahmen einen gewaltigen Protest provozieren. Der Wahlkampf bietet uns die beste Gelegenheit, um in diesen Fragen Aufklärung zu schaffen, und diese Gelegenheit wollen wir sofort benutzen, obwohl wir nicht viele bezahlte Agitatoren anstellen können. Aber dafür haben wir auf allen Ecken tüchtige Kräfte, die für uns in ihren Wohnorten agitieren. — Darum frisch an die Arbeit! Die beste Antwort, die wir der Gewalt geben können, ist der neue Wahlsieg der Sozialdemokratie am 1. Februar 1910.

### Marokko.

#### Ein neuer Thronpräsident.

London, 24. November. „Daily Mail“ meldet aus Tanger, daß die Streitkräfte des Sultans mit schweren Verlusten von den Anhängern Mulay Kebirs zurückgeschlagen worden seien. Mulay Kebir, der Bruder Sultans, der vor fast fünf Monaten von Rabat entflohen war, und, als der Zustand der Gemüter sich besserte, durch das Land der Verber zu den Klatschhämern im Osten von Fez sich durchschlug, wird, wie man glaubt, mit Erfolg den Heiligen Krieg proklamieren.

### Brazilien.

#### Ein Bombententat.

Sao Paulo (Brazilien), 24. November. Gestern Abend warf im Mittelpunkt der Stadt ein Anarchist eine Bombe in den Laden eines Deutschen, wodurch eine große Feuerbrunst hervorgerufen wurde, die das ganze Viertel zu zerstören droht. Wie es heißt, sind mehrere Personen getötet worden.

# Gewerkschaftliches.

## Kommt es zu einem Streik im Ruhrrevier?

Die Erörterungen der bürgerlichen Presse, ob es zu einem Streik im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier kommen wird oder nicht, entbehren vorläufig noch jedes tatsächlichen Untergrundes.

Die Erbitterung unter den Bergarbeitern ist sehr stark und die Stimmung ist vorwiegend für den Streik. Die Ruhrbergleute wissen aber auch, daß die gegenwärtige Geschäftslage einem Streik ungünstig gegenübersteht. Die Frage, ob Streik oder nicht, wird zurzeit lebhaft diskutiert. — Sicher ist, daß die Bergarbeiter erst abwarten werden, ob die Regierung und die Parlamente sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigen, und ob sie einer wünschenswerten Lösung entgegengeführt wird. Erst wenn hier Klärung geschaffen ist, werden die Bergarbeiter und die Verbände über die Frage, ob Streik oder nicht, beschließen.

Die bürgerliche Presse teilt ferner mit, daß sich im Ruhrrevier eine aufsteigende Wirtschaftskonjunktur sehr stark bemerkbar mache; reger Güterverkehr und steigender Kohlenbedarf lassen darauf schließen.

Diese Nachricht ist mit aller Vorsicht aufzunehmen. Zunächst ist die Zeit gekommen, in der der übliche Winterbedarf — Hausbedarf — gedeckt wird; im weiteren dürften die Ausichten auf einen bevorstehenden Streik der Bergarbeiter auch die Industrie veranlassen, ihre Kohlenlager zu füllen.

Der vorhandene Wagenmangel ist die Folge des ungenügenden Wagenparkes des Fiskus.

### Berlin und Umgegend.

#### Das Wohlwollen der „Großen Berliner“.

Am Dienstag fand im Verwaltungsgebäude der Großen Berliner Straßenbahn eine Konferenz der Vertrauensleute (Arbeiterausschuss) statt. Die Teilnehmer der Konferenz wurden durch die Mitteilung der Direktion überrascht, daß den Fahrern, Schaffnern und Erfahmännern eine

#### Lohnzulage von monatlich 5 M.

zugebilligt worden ist. Selbst die direktionsfreundlichsten Angestellten hatten nicht erwartet, daß ihnen die Verwaltung ganz aus freien Stücken eine Zulage bewilligen würde. Wer die Arbeiterfreundlichkeit der Straßenbahndirektion so stark bezweifelt wie wir, der wird natürlich fragen: Was bewog die Direktion, sich den Angestellten gegenüber auch einmal nobel zu erweisen? Wer die Verhältnisse bei der Großen Berliner kennt, der wird die Antwort auf diese Frage leicht finden. Der Transportarbeiterverband hat in letzter Zeit unter den Angestellten der Großen Berliner eine lebhafteste Agitation für Erhöhung der Löhne entfaltet. Es konnte darauf hingewiesen werden, daß die Straßenbahngestellten anderer Städte viel günstiger gestellt sind als die in Berlin. Die Agitation des Transportarbeiterverbandes war so überzeugend, daß selbst die direktionsfreundlichsten Welchen sich den Gründen, welche für eine Lohn-erhöhung sprechen, nicht entziehen konnten. Das Verlangen nach einer Aufbesserung der Löhne war selbst unter den Selbsten so stark, daß die Direktion etwas bieten mußte, wenn sie nicht ihre getreuesten Anhänger in die Reihen der unverbessertlich Unzufriedenen treiben wollte. Die Vertrauensmänner hatten für diese Konferenz Anträge vorbereitet, welche ein Höchstgehalt von 140 M. nach zwölfjähriger Dienstzeit forderten, während zurzeit erst nach 20 Jahren ein Höchstgehalt von 130 M. erreicht wird. Nun hat die Direktion mit der „freiwilligen“ Zulage von 5 M. monatlich die größte Anzufriedenheit beschwichtigt und ein Teil der von ihr abgefallenen Getreuen wieder zu sich herübergezogen. Uebrigens hat die Direktion den Angestellten mit der Zulage keineswegs ein Geschenk geboten, durch das der Profit des Unternehmens geschmälert werden könnte. Durch die Einführung der Stromzeit- zähler sind die Fahrer gezwungen worden, so sparsam mit dem Strom umzugehen, daß

#### die Zulage schon hierdurch reichlich aufgewogen

wird. Außerdem spart die Direktion seit der Einführung der verkürzten Fahrzeiten die Löhne für 100 bis 150 Angestellte, denn durch die Verkürzung der Fahrzeiten ist es möglich geworden, die Anzahl der Touren, die jeder Wagen mit dem dazu gehörenden Fahrer und Schaffner täglich zu machen hat, heraufzusetzen. In Wirklichkeit ist also die 5 M.-Zulage nur eine verspätete Entschädigung für die intensiveren Arbeit, welche die Angestellten seit längerer Zeit bereits zu leisten haben.

Durch das „Wohlwollen“, welches die Direktion der Vertrauensmännerkonferenz gleich nach deren Eröffnung bekundete, hat sie ferner erreicht, daß fast alle Anträge, welche zugunsten der Angestellten eingebracht wurden, unter den Tisch fielen. Der Transportarbeiterverband hat zurzeit nur eine kleine Minderheit unter den Vertrauensmännern der Großen Berliner. So erklärt es sich, daß die Konferenz fast in allen Punkten den Wünschen der Direktion zustimmte. Es wurde ein Antrag der Direktion angenommen, wonach in Zukunft die Vertrauensmänner nicht mehr alljährlich, sondern alle drei Jahre gewählt werden. Dieser Antrag ist nicht, wie in der bürgerlichen Presse berichtet wird, von den Vertrauensmännern gestellt worden. Eine von den Angestellten beantragte

#### Berlängerung des Urlaubs

ist von der Direktion abgelehnt. Einem Antrage auf regelmäßige Gewährung der freien Tage, die jetzt nur sehr unregelmäßig gewährt werden, will die Direktion „nach Möglichkeit“ entgegenkommen, jedoch wurde den Vertrauensmännern gleichzeitig bedeutet, daß nicht immer genügend Ersatzleute zur Verfügung wären, um die freien Tage regelmäßig in-nehuzuhalten. Demnach wird also die

#### Unregelmäßigkeit der freien Tage

nach wie vor bestehen bleiben. Auch der Wunsch der Angestellten, längere Haltezeiten an den Endstationen vorzusehen, ist nicht erfüllt worden. Ebenso erging es einem Antrage, der eine gleichmäßige Bezahlung der Überstunden für Angestellte und Erfahmänner forderte. Es bleibt dabei, daß die Angestellten für die Überstunde 50 Pf. erhalten, die Erfahmänner aber die Überstunde für 45 Pf. leisten mußten. Ein Antrag, den Fahrern das Kilometergeld von täglich 50 Pf. auf 75 Pf. zu erhöhen, wurde gleichfalls abgelehnt. — Man sieht also, wie weit die „Großmütigkeit“ der Großen Berliner hinter den berechtigten Wünschen der Angestellten zurückbleibt.

Nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse soll auf der Vertrauensmännerkonferenz auch eine

#### aufklärende Besprechung über die Stromzeitähler

stattgefunden haben. Ueber die Anwendung dieser Zähler beklagt sich das Fahrpersonal schon von jeher mit vollem Recht. — Wie sah nun die „aufklärende Besprechung“ aus? Ein Ingenieur hielt eine Rede, worin er ausführte, daß sich neun Zehntel der Fahrer mit den Zählern abgefunden und eine beträchtliche Stromersparnis

erzielt hätten. Nur ein Zehntel der Fahrer gehe mit dem Strom immer noch nicht sparsam genug um. Wenn sich dieses Zehntel nicht auch den Sparmaßregeln bedürfnissen der Betriebsleitung anpasse — so klang es vernehmlich aus der Rede des Ingenieurs heraus — dann würden diese unfügamen Elemente entlassen!

So eine „aufklärende Besprechung“ paßt allerdings zu dem „Wohlwollen“ der Straßenbahndirektion, die sich von den Ungeheuren Ersparnissen im Betriebe machen läßt und dann einen Teil des Ersparnisses großmütig als Lohnzulagen verteilt.

Uebrigens steht die „Große Berliner“ mit ihrer Lohnerhöhung nicht allein da. Auch die Siemens-Bahn, welche die Strecken nach Pankow und Tegel betreibt, hat ihren Fahrern und Schaffnern eine Zulage von 5 M. monatlich bewilligt.

### Deutsches Reich.

#### Zur Situation im Holzgewerbe.

Die Vertragskündigung für rund 50 Städte, die durch die Unternehmer ausgesprochen wurde, bringt in die Reihen der Holzarbeiter neues Leben. Auf der ganzen Linie sind sie eifrig an der Agitationsarbeit; in den letzten acht Tagen sind schon Hunderte neuer Mitglieder für die Organisation gewonnen worden. Im allgemeinen herrscht noch friedliche Stimmung, insbesondere beim Vorstande des Schutzverbandes; doch verheißt man sich auf Arbeiterseite nicht, daß Konfliktstoff genügend vorhanden ist. Seitens der Arbeiter ist man jetzt dabei, die Forderungen zu formulieren, die den Unternehmern für die neuen Verträge unterbreitet werden sollen. Wie diese von letzteren aufgenommen werden, läßt sich nicht voraussagen. Am liebsten möchten ja die Unternehmer die vorhandenen Arbeitsbedingungen verschlechtern, um sich für die Wirkungen der Krise zu entschuldigen. Die Arbeiter sind aber ebenso schwer geschädigt und können darum auf Lohnerhöhungen nicht verzichten. Welche Stimmung bei den Unternehmern bei Ueberreichung der Forderungen ausgelöst wird, wird sich bald zeigen, da die Ortsverhandlungen in diesen Tagen beginnen. Es wird sich dann auch zeigen, ob die bei den Unternehmern zur Schau getragene Stimmung nur ein taktisches Manöver war, oder ob man ernstlich den Frieden will. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt hierzu:

„Wir haben keine Veranlassung, Zweifel in die Aufrichtigkeit der Erklärungen zu setzen, welche vom Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes abgegeben wurden. Wir wissen, daß dort die Verhältnisse durchaus nicht so glänzend sind, wie man es nach außen erscheinen lassen möchte, und der Wunsch, den Konflikt auf friedlichem Wege aus der Welt zu räumen, ist von jener Seite durchaus begründet. Es wäre aber nichts törichtes, als wenn wir uns durch solche Ermahnungen verleiten ließen, den Ernst der Situation zu verkennen. Wenn wir auch zugeben, daß man im Vorstande des Schutzverbandes friedlich gestimmt ist, so haben wir doch keine Gewähr dafür, daß die gleiche Stimmung auch in den Mitgliederkreisen der Arbeitgeber herrscht. Es deuten im Gegenteil manche Anzeichen auf vorhandene Kampfeslust hin, welche zu jünger die Macht des Schutzverbandes vor dem Laune ausreichen dürfte. Wir erinnern nur an H. d. St. Die Vorstände haben sich dahin geeinigt, daß es dort vorläufig nicht zum Kampfe kommen soll; Höchstens sollte in die Verhandlungen über die neuen Verträge einbezogen werden. Die Unternehmer in Höchst haben sich aber an die Abmachungen nicht gehalten und unsere Kollegen jetzt ausgesperrt. Das ist ein böses Omen für unsere Tarifverhandlungen.“

Am 18. November tagte in Berlin eine Konferenz von Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes derjenigen Städte, die bei der Tarifbewegung in Frage kommen, um die zu treffenden Maßnahmen zu beraten. Das Resultat der Beratungen war die Annahme der folgenden Resolution:

„Die anwesenden Vertreter der Vertragsorte sprechen ihre einmütige Ueberzeugung dahin aus, daß die vom Arbeitgeberverband durch Kündigung sämtlicher Verträge hervorgerufene umfangreiche Vertragsbewegung so durchgeführt werden muß, wie es im Interesse der Mitglieder wie auch des Gesamtverbandes entspricht. Als das nächste Mittel hierzu muß eine sofortige finanzielle Kräftigung des Verbandes ins Auge gefaßt werden. Die heutige Konferenz ersucht daher den Vorstand, in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften unerbittlich eine energische Agitation im gesamten Verbandsgebiet zu entfachen, um die gegenwärtige Situation einzuleiten und hierbei den Mitgliedern die Notwendigkeit der Abführung von Beiträgen an die Hauptstelle zu begründen.“

Gleichzeitig soll den Mitgliedern empfohlen werden, die Erhöhung des Verbandsbeitrages um 10 Pf. pro Woche durch Ueberstimmung zu beschließen. Diese 10 Pf. sollen der Hauptstelle unverzüglich zufließen.

Man ersieht daraus, daß sich die Holzarbeiter bewußt sind, was auf dem Spiele steht und sie werden danach handeln.

Zur Holzarbeiterausperrung in Höchst a. M. ist zu berichten, daß die Aussperrung keinen größeren Umfang angenommen hat. Ausgesperrt sind bis jetzt in 8 Fabriken zirka 300 Tischler, Maschinenschnitzer und Polierer. Die Unternehmer machen verzweifelte Anstrengungen, Streikbrecher heranzuziehen. Aus allen Gegenden Deutschlands wird berichtet, daß durch Annoncen Schreiner „bei gutem Verdienst“ nach Höchst gesucht werden.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Unternehmer Verschönerungen durchdrücken wollen, und um dieses zu erreichen, zur Aussperrung griffen. — Jedenfalls wird die Aussperrung weitere Kreise in den Taunusorten Kellheim, Münster und Hornau ziehen. Die dortigen Kleinmeister liefern zum Teil für die Höchster Fabriken Möbel. Die bei diesen Meistern beschäftigten Schreiner haben sich mit den Höchster Holzarbeitern solidarisch erklärt und werden keine Höchster Arbeit mehr anfertigen. Hierdurch wird den Fabrikanten eine Bezugsquelle abgeschnitten. Es ist weiter dringend notwendig, daß der Zugang von Holzarbeitern ferngehalten wird.

Die Breslauer Maßschneider haben in einer stark besuchten Mitgliederversammlung einstimmig die Kündigung ihres Tarifs beschlossen. Für den neuen Tarif soll der Reichstarif als Muster genommen werden. Die Hofen- und Westschneider können infolge des großen Indifferentismus dieser von Zwischenmeistern stark durchsetzten Gruppe nichts erreichen, dagegen werden die Uniformschneider, die bedeutend besser organisiert sind, sich der Bewegung anschließen. Die freien Gewerkschaften und die Tisch-Dummerschen Gewerkschaften gehen wieder, wie vor zwei Jahren, gemeinsam vor.

#### Selbe Arbeiterzersplitterter in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M. war bisher kein Boden für die gelben Arbeitervertreter oder wie sie sich nennen „vaterländische Arbeiter“, und wird auch künftig dort kein Feld für die Welken sein. Aber es ist doch bemerkenswert, daß auch hier diese Leute wagen, Fuß zu fassen. Nach einem um vorliegenden Zirkular wurde in diesen Tagen in Frankfurt ein „vaterländischer Arbeiterverein“ gegründet. In der Öffentlichkeit hat man davon noch nichts gehört, kein Wunder, diese Leute scheuen das Licht. Das erwähnte Zirkular, mit dem auf den Singsang gegangen wird, ist interessant genug, um hier im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

#### Vaterländischer Arbeiterverein Frankfurt a. M.

Sehr geehrter Herr!

In Frankfurt a. M. hat sich seit einigen Wochen eine Vereinigung gebildet unter dem Namen „vaterländischer Arbeiterverein“. Es finden sich hier Leute zusammen, welche mit den sozialdemokratischen Zielen und Bestrebungen nicht einverstanden sind und die den Druck des sozialdemokratischen Terrorismus leider oft genug spüren mußten. Wir sind nicht gewillt,

unser Geld diesen Gewerkschaften zu opfern, wollen aber auch nicht willenlos Werkzeuge des Unternehmertums sein.

Wir sind überzeugt, daß es dem deutschen Arbeiter viel besser gehen wird, wenn er mit seinem Arbeitgeber in vernünftiger Weise Hand in Hand arbeitet. Der jetzt bestehende und von der Sozialdemokratie täglich geschürte Haß muß beseitigt werden. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Frank-Rannheim hat erst am letzten Sonntag bei der großen Schwammversammlung gesagt: „Wir Sozialdemokraten wollen nicht Ruhe und Frieden, sondern Arbeit und Kampf.“ Wir vaterländischen Arbeiter wollen das Gegenteil, nämlich: Wir wollen Ruhe und Frieden und im guten Einvernehmen mit unseren Arbeitgebern in fleißiger Arbeit unser Brot verdienen und uns auf diese Weise den Kampf ums Dasein erleichtern.“ Ueber 20 000 Kameraden im ganzen Deutschen Reich haben sich schon unseren Bestrebungen angeschlossen.

Wir laden Sie zu dem am Dienstag, den 23. November 1909, nachmittags 7 Uhr, in dem Restaurant des Herrn Ranstein, Frankfurt a. M., Gr. Kornmarkt 13, stattfindenden Versammlung ein.

Der Geschäftsführer des Bundes vaterländischer Arbeitervereine Berlin, Herr Carl Heuer, wird einen aufklärenden Vortrag über unsere Bestrebungen halten. Diese Einladung gilt als Legitimation. Der Vorstand des vaterländischen Arbeitervereins Frankfurt a. M. Christian Conrad.

Auf das Zirkular einzugehen, können wir uns versagen. Es wirkt auch ohne Kommentar.

In der Versammlung, zu der das Zirkular einladet, und die zu einer ideo Schimperei ausartete, wurde eine Protestresolution gegen die Straßendemonstrationen beschlossen und dann die Gründung eines gelben Vereins vorgenommen, dem etwa 15—16 Personen beitraten. Freilich, ein langes Leben wird diesen Maulwürfen in der Arbeiterbewegung, d. h. ihrem Verein, in Frankfurt a. M. nicht beschieden sein.

## Versammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. In der am Sonntag abgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin erfaßte der Kassierer Henning die Abrechnung für das dritte Quartal. Er konstatierte, daß sich die Massenverhältnisse im Vergleich zum zweiten Quartal in erfreulicher Weise gebessert haben. Es sind etwa 38 000 Beiträge mehr eingegangen als im dritten Quartal des Vorjahres. Die Einnahmen sind infolgedessen gestiegen, während sich die Ausgaben für Erwerbslosenunterstützung vermindert haben. — Die Abrechnung der Hauptkasse schließt in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 473 307,30 M., die Abrechnung der Lokalkasse mit 99 842,19 M. Der Massenbestand beträgt 873 476,42 M. An Unterstufungen wurden bezahlt an Kranke 110 263 M., an Arbeitslose 115 872 M., an Streikende 111 967 M., in Gemahregelte 16 107 M., für sonstige Unterstufungszwecke 14 900 M. — Ohne Debatte stimmte die Versammlung einem Antrage der Ortsverwaltung zu: einen dritten Beamten für die Anstalt anzustellen. Als Kandidaten wurden Karl Schmidt und Volkmeyer nominiert. Die Wahl soll am 5. Dezember in den Bezirken vorgenommen werden. — Aus Anlaß dieses Antrages bemerkte Cohen, es würde sich voraussichtlich in den nächsten Monaten die Erörterung weiterer Anstellungen notwendig machen, da die Agitation unter den Arbeiterinnen und den jugendlichen Arbeitern besondere Kräfte erfordert. — Da das Amt eines Beisitzers durch dessen Rücktritt erledigt worden ist, wählte die Versammlung Fritz Karl als Beisitzer.

Hierauf begründete Hande einen Antrag der Ortsverwaltung auf Neuverteilung der Bezirksabteilung. Der Antrag geht dahin, daß der Bezirk Groß-Berlin in 13 Agitationskreise eingeteilt wird, von denen jeder eine Kreisleitung erhält mit einem Kreisleiter an der Spitze, der die Agitation in seinem Kreise zu pflegen hat. Die Einteilung der Kreise soll mit Rücksicht auf die Zahl in den verschiedenen Stadtbezirken vorhandenen Betriebe erfolgen. Soweit es notwendig erscheint, sollen später Kreisleiter angestellt werden, natürlich nur nach ausdrücklicher Zustimmung einer Generalversammlung und Wahl durch die Mitglieder. Für diesmal erachtet die Ortsverwaltung nur die grundsätzliche Zustimmung zu der vorgeschlagenen Neuverteilung. Alle Einzelheiten sollen feinerzeit in statutenmäßiger Weise erledigt werden. Durch die Verwirklichung des Vorschlages wird eine wesentliche Förderung der Agitation erwartet. Für die Agitationsfähigkeit in Groß-Berlin kommen etwa 3000 Betriebe in Frage. Von den rund 110 000 Arbeitern der Metallindustrie sind erst etwa 70 000 organisiert. Es ist also zurzeit noch ein Heer von etwa 40 000 indifferenten Metallarbeitern in Berlin vorhanden. Diese für den Verband zu gewinnen, ist das Ziel der Agitation, die aber nur dann den gewünschten Erfolg haben kann, wenn auch nach der Neuverteilung und der Einsetzung von Kreisleitern die Kleinarbeit der Kollegen in der bisherigen Weise verrichtet wird.

In der Diskussion wurde der Antrag der Ortsverwaltung von verschiedenen Rednern bekämpft, teils, weil sie ihn nicht für praktisch und zweckmäßig hielten, teils, weil sie die Kosten für die Anstellung von 13 Kreisleitern scheuten. — Die Versammlung lehnte den Antrag der Ortsverwaltung ab und erklärte sich auch mit großer Mehrheit gegen die Abstimmung über den Antrag.

Für die L.-E.-G. Beiräte in der Brunnen- und Aderstraße ist seit einiger Zeit ein Agitationsleiter provisorisch angestellt, ebenso einer für Oberschöneweide. Die Versammlung beschloß, diese beiden Provisorien bis auf weiteres bestehen zu lassen.

Ein in die Ortsverwaltung gestellter Antrag, auf die Tagesordnung der Generalversammlungen den Punkt „Verschiedenes“ zu setzen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Bergarbeiter und der Zwangsarbeitsnachweis.

Wohum, 24. November. (W. T. B.) Die heutige Konferenz der Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen beschloß einmütig, etwaige Verhandlungen des Reichstags über den Zwangsarbeitsnachweis der Zechenbesitzer abzuwarten und entsprechend dem Verlauf der Reichstagsverhandlungen in einer abermaligen Zusammenkunft Beschluß zu fassen.

### Ein jugendlicher Selbstmörder.

Kottbus, 24. November. (W. T. B.) Hier hat sich ein jugendlicher junger Mann im Alter von etwa 18 Jahren mit Pösel vergiftet; anscheinend stammt er aus Berlin. In seinem Notizzettel stand der Name Otto Kraus und Fritz Bibel. Vermutlich trägt der jugendliche Selbstmörder den Namen Perus. Unter seinen Sachen befand sich ein Abschiedsbrief an seine Eltern, in dem er sagt, daß er nicht mehr wert sei, auf dem Erdboden zu wandeln.

### Die Debatte über die Thronadresse.

Konstantinopel, 24. November. (W. T. B.) Infolge der abfälligen Kritik der Presse hat der Senat nach langer Diskussion bei der Spezialdebatte über den Entwurf der Thronadresse beschlossen, den gegen die Bollerschöpfung gerichteten Passus zu streichen.

### Ein 150 Millionen-Anleihe für Serbien.

Belgrad, 24. November. (W. T. B.) Die heute in der Stupatina eingebrachte Gesetzesvorlage über eine 150 Millionen Staatsanleihe im Betrage von 150 Millionen besagt, daß 56 Millionen für Eisenbahnbauten, 44 Millionen für Heeresausrüstung und der Rest für sonstige Staatsbedürfnisse verwendet werden soll. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Für die Schwedischen Arbeiter

gingen noch ein:

13968 Pianomechanikfabrik v. Wiesner 1175. Verband d. Bäcker und Konditoren, Ostb. Berlin 100. 1068, 9053, 9057 Verb. d. Bäcker u. Konditoren 14. ... 14978 Fabrik d. ...

Bahn und Land, 14. Rate 275. Verband der Bureauangestellten auf folgende Listen: Angestellte d. ... 1060 d. ...

Nachdem durch die Generalkommission die Sammlung geschlossen worden ist, ersuchen wir um schleunige Einslieferung der ausstehenden Listen...

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission. J. L. A. Körsten.

Aus der Partei.

Ueber einen neuen Fall von sozialdemokratischem Terrorismus hat dieser Tage die „Kugbl. Postz.“ (Nr. 203 vom 19. Nov. 1909) mit folgendem Bericht...

Polizeiliches, Gerichtliches u. dgl.

Der „beleidigte“ Fürst. Wegen angeblicher Beleidigung des Fürsten Pleß, Hans Heinrich XV., hatte sich Genosse Schiller von der Breslauer „Vollwacht“ vor der Breslauer Strafkammer verantworten...

Fürsten Pleß gehört, und dem jenseits eines Berges gelegenen „Steinerhacht“, der zur Wasserleitung von Altwasser diente und als Ursache der Epidemie zu betrachten ist.

In der Verhandlung beantragte jetzt der Staatsanwalt 400 M. Strafe. Der Verteidiger plädierte für Freisprechung. Das Urteil aber lautete auf sechs Wochen Gefängnis!

Der heilige Schymann. Genosse Vargh vom Bremerhavener Parteikomitee war wegen Schymannsbeleidigung zu 60 M. Geldstrafe verurteilt worden...

Aus Industrie und Handel.

35 Proz. Dividende — Kurssturz. An einem Tage erlitten die Aktien der Waggonfabrik Gebrüder Hoffmann u. Co. einen Kursrückgang von 30 Proz. Und die Ursache? Es war das Gerücht verbreitet worden...

Die Entwicklung der Getreidepreise nahm in diesem Jahre nach den in Großhandel für 1000 Kilogramm an fünfzig der größeren preussischen Markorten durchschnittlich in Mark gezahlten Preisen folgenden Verlauf:

Table with 5 columns: Weizen, Roggen, Droggerste, Futtergerste, Hafer. Rows for Januar, Juli, August, September, Oktober.

Die Spannung der Getreidepreise zwischen dem Monat Januar und Juli ist mit 65 M. bei Weizen am größten. Roggen folgt Hafer mit einer Preisdifferenz von 34 M. Roggen, Futtergerste und Droggerste stehen auf einer Spannung von 27 bzw. 9 und 6 M.

Ein neuer Erfindung der Kohle.

Sachverständige haben ausgerechnet, daß sich aus den Sämpfen Irlands jährlich 50 Millionen Tonnen Heizstoff taufend Jahre hindurch gewinnen lassen. Da jetzt eine Erfindung gemacht worden ist, die es mittels elektrischer Vorrichtung ermöglicht, den Torf von anhaftendem Wasser zu befreien...

Kleines feuilleton.

Sind Lucas und Leonardo identisch? Man sollte meinen, Herr Vode wäre lange am Ende angelangt. Jeder Tag entzieht seiner schwandelnden Hypothese weitere Grundlagen und es bleibt nichts als die Startfähigkeit eines Bureaukraten...

Tote und lebende Substanz. Am 18. November hielt im Auftrage des Monistenbundes Professor R. Günther, der bekannte Herausgeber des „Vierteljahrsschrift für Naturgeschichte“, einen Vortrag über „Tote und lebende Substanz“.

es aber die sogenannten organischen Stoffe wie Fette, Kohlenhydrate und besonders Eiweiße, die den Körper der Lebewesen aufbauen. Leider kennen wir zurzeit nur das tote Eiweiß in seiner chemischen Konstitution. Lebendes Eiweiß zu untersuchen ist uns zurzeit noch unmöglich.

Theater.

Schiller-Theater O.: „Mik Hobbs“ von J. R. Jerome. Der auf dem deutschen Lehrmarkt bekannte englische Humorist hat sich für sein Lustspiel „Shakespeare's Fälschung“ der Widerstandspolitiker zum Vorbild genommen.

lofen Schwerendüster herand. In den Wortgefechten zwischen Mik Hobbs und ihm, Wolf Ringbeil, liegt nun die ganze „soziale“ Anschauung der Angehörigen der Gesellschaft auf. Deren Quintessenz lautet ungefähr so: Wenn der Mann sich für Frau und Familie geschäftlich plagt und rodet, dann hat auch die Frau die verdammte Pflicht, das Haus zu besorgen.

Trianon-Theater: „Duridans Efel“, von Robert de Fiers und G. de Calvallet. Die neue Komödie der Herren Fiers und Calvallet bleibt, wie nicht anders zu erwarten, hinter dem Niveau ihres famosen „König“ um ein erhebliches zurück.

hische Rollen zahlen muß. Dieser Lohn soll sehr reichlich sein, wenig Rücksicht hinterlassen und weniger Raum beanspruchen als die Kohle, so daß er für Schiffe, Eisenbahnen usw. vor allem in Betracht kommen würde. Und ein Fachmann behauptet, die ohnehin schwer zu ershöpfenden irischen Sümpfe würden sich in spätestens einem Jahrhundert wieder erneuern.

### Vom Welthandel.

In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres ist der Außenhandel Deutschlands gegenüber dem gleichen Abschnitt des Vorjahres um 483 Millionen Mark, der Außenhandel Englands um 121 Millionen Mark und der Außenhandel Frankreichs um 144 Millionen Mark gewachsen. Die Einfuhr und Ausfuhr der drei Länder hat vom 1. Januar bis Ende September betragen (in Millionen Mark):

		Einfuhr	Ausfuhr	zusammen
Deutschland	1908	5 820	4 732	10 552
	1909	6 040	4 795	10 835
England	1908	8 886	5 827	14 713
	1909	9 176	5 658	14 834
Frankreich	1908	3 580	2 968	6 548
	1909	3 451	3 191	6 642

In Deutschland ist die Einfuhr um 420 Millionen Mark, die Ausfuhr um 63 Millionen Mark gestiegen. Englands Einfuhr hat sich um 290 Millionen Mark vermehrt, seine Ausfuhr hingegen um 169 Millionen Mark vermindert. Bei Frankreich zeigt die Einfuhr einen Rückgang um 79 Millionen Mark, die Ausfuhr eine Zunahme um 223 Millionen Mark. Die deutsche Ausfuhr war um 803 Mill. Mark geringer als die englische und um 1004 Millionen Mark größer als die französische Ausfuhr.

## Soziales.

### Regelung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung.

Dem Bundesrat soll ein Gesetzentwurf zugegangen sein, der die jetzt geltenden Bestimmungen über die gewerbmäßige Stellenvermittlung einer wesentlichen Abänderung unterzieht. Die Erteilung der Konzession soll künftig von dem Nachweis abhängig gemacht werden, daß ein Bedürfnis vorliegt. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise wünscht in einer an den Reichskanzler gerichteten Eingabe, daß das Bedürfnis in der Regel dann vorliegt, wenn für die Stellenvermittlung bereits durch öffentliche gemeinnützige Arbeitsnachweise gesorgt ist. Während jetzt die Gebühren lediglich polizeilich beglaubigt werden müssen, sollen sie künftig einer polizeilichen Genehmigung unterworfen werden. Mit solchen polizeilichen Mitteln ist dem Unwesen in Stellenvermittlungswesen nicht beizukommen. Gewerkschaftliche oder zum mindesten partiell geleitete Arbeitsnachweise, von Reichs wegen eingeführt, allein können hier helfen.

### Aus dem Innungsgerichtsgericht.

147,00 M. klagte am Dienstag der Tapezierer F. gegen den Tapeziermeister W. Plescher ein. Kläger ist am 15. Oktober entlassen worden, weil er sich etliche Lohnabzüge bei Akkordarbeiten nicht gefallen ließ. Seine Forderung setzt sich zusammen aus 622 M. Lohnabzügen, wovon 455 M. anerkannt wurden, einer Entschädigung von 72 M. für den Lohnausfall in der 14tägigen Kündigungsfrist und etwa 65 M. für den ihm aus der unterlassenen Anmeldung bei der Krankenkasse erwachsenen Schaden. Letzteren Anspruch begründet der Kläger damit, daß sich die Krankenkasse zur Bezahlung von Arzt, Medikamenten und Krankengeld während seiner Krankheit geneigt hat.

Nachdem das Schiedsgericht festgestellt hatte, daß Kläger vom 18. bis 25. Oktober krank gewesen ist, wurde der Beklagte zur Zahlung von 10,55 M. verurteilt, und zwar der 4,55 M., die anerkannt waren, und 6 M. Entschädigung für Sonnabend, den 16. Oktober. Mit der Rechtsforderung wurde der Kläger abgewiesen, da er vom 18. Oktober ab krank war und der Beklagte deshalb zur Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt gewesen wäre. Zum Erfolge des durch die unterlassene Anmeldung bei der Krankenkasse erwachsenen Schadens sei Beklagter nicht verpflichtet, weil die Krankenkasse auch in solchen Fällen zahlen muß.

Die Abweisung des Betrages, den die Krankenkasse zu zahlen verpflichtet ist, entspricht dem Gesetz. Nach sehr weit verbreiteter ist der Irrtum bei Arbeitern, eine Kasse habe dann nicht die ihr obliegenden Leistungen zu erfüllen, wenn die Anmeldung unterlassen ist. Der Arbeiter gehört infolge seiner Beschäftigung kraft Gesetzes der Kasse an, und diese ist zur Leistung, eventuell zum Ersatz für die von ihr verwerteten Leistungen verpflichtet. Eine Schadenersatzforderung steht ihr, nicht dem Arbeiter, wegen der unterlassenen Meldung gegen den Arbeitgeber zu. Innungskrankenkassen haben nach der herrschenden Ansicht dies Versehen nicht. Der Kläger kann seine Forderung gegen die Kasse noch jetzt geltend machen.

Zu Unrecht ist die Abweisung der auf die Zeit nach dem 18. Oktober entfallenden Lohnabträge erfolgt. § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung gibt dem Arbeitgeber das Recht der Entlassung wegen Krankheit, aber die Entlassung tritt nicht kraft Gesetzes ein, sondern muß ausgesprochen sein. Das traf hier nicht zu. Ueberdies stand dem Kläger nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches selbst für den Fall ausgesprochener Entlassung der Anspruch für die nur sieben-tägige Krankheitsdauer zu. Der Kläger läßt das Innungsgerichtsgericht hoffentlich durch das Amtsgericht korrigieren.

### Kosten des Leipziger Metzerverbandes für Vertragsbruch.

Wie wir schon vor einiger Zeit mitgeteilt haben, sind die Metzger Grabowski, Krentz und Stabig, die während des Metzgerstreiks in Solingen von der dortigen Allgemeinen Ortskrankenkasse fest angeheftet wurden, plötzlich aber ihre Tätigkeit auf Betreiben des Leipziger Metzerverbandes einstellten und dadurch die Aufsichtsbekörde veranlaßten, auch die übrigen beamteten Metzger gegen eine Entschädigung von je 3000 M. zu entlassen, weil sonst die Solinger Metzger ihre Tätigkeit für die Kasse nicht wieder aufnehmen wollten, in letzter Instanz verurteilt worden, der Kasse die 9000 Mark zu ersetzen. In einer zweiten Klage forderte die Kasse von den drei Metzger den Ersatz sonstiger Auslagen und Kosten, die ebenfalls durch den Kontraktbruch der fraglichen drei Metzger notwendig geworden sind, im Gesamtbetrag von 3000 M. In dieser Klage ist nunmehr, weil einzelne Kosten nicht aufzuklären waren, am Landgericht Elberfeld ein Vergleich geschlossen worden, wonach die Beklagten rund 2000 M. zu zahlen haben. Damit ist ein fünfjähriger Prozeß entschieden, der den drei kontraktbrüchigen Metzger bezw. dem Leipziger Metzerverband das runde Sümmchen von 11 000 M. kostet, wozu noch mehrere tausend Mark Gerichts- und Anwaltsgebühren kommen dürften.

### Die Fortschritte des Achtfundentages in Oesterreich.

Der kürzlich erschienene Bericht über die österreichischen Gewerbeinspektoren für 1908 berichtet u. a. auch über die Fortschritte, die die Bewegung auf Einführung des Achtfundentages gemacht hat. Eine große Zeitungsdruckerei und Verlagsanstalt in Wien hat, obwohl in den Buchdruckereien Wien tarifmäßig der 8 1/2 stündige Arbeitstag besteht, im letzten Jahre wieder die 8 stündige Arbeitswoche eingeführt. Ferner hat die Genossenschaft der Kristallglaskraffineure in Liefenbach (Nordböhmen) in ihren Fabriken den Achtfundentag, eine Versuchsfabrik im Wiener-Neufähr Bezirk, ein Elektrizitätswerk in Borarlberg und eine Emailgefäßfabrik im Rudolfsberg für den konstanten Betrieb die Achtfundentag festgesetzt. Schließlich haben auch einzelne Arbeiterkategorien, welche besonders schwere Arbeiten zu verrichten haben, wie die Lastträger auf den Umschlagplätzen, sowie jene, an die in bezug auf Qualifikation besonders hohe Anforderungen gestellt werden, wie die Lithographen und verwandte Berufe, die achtfundige Arbeitszeit bewilligt erhalten. Auch im übrigen hat, wie die Fabriksinspektoren berichten, „infolge der Bestrebungen der Arbeiterkassen und deren gewerkschaftlichen Organisationen“ im vergangenen Jahre abermals eine Verkürzung der bisher üblichen Arbeitszeit in einer ansehnlichen Reihe von Betrieben, sowohl fabrikmäßigen als auch kleingewerblichen Charakter, stattgefunden. Die meisten und bemerkenswertesten Erfolge in dieser Richtung hatte die Arbeiterkassen in den größeren Städten und Industriezentren aufzuweisen. So haben die Schuhmacher von Bregenz die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10, die Maurer einer größeren Stadt und die Arbeiter aller Eisenwerke im Verbener Aufsichtsbekörde von 10 1/2 auf 10 Stunden und die Zimmerer einer Kreisstadt die 8 1/2 stündige Arbeitszeit durchgesetzt. In den Städten Südtirols werden, wie Aufsichtsbekörde von Trient berichten, die im Kleingewerbe noch bestehenden übermäßig langen Arbeitszeiten nach und nach durch den Zehnstundentag ersetzt. Durch die Einführung des Siebenundachtstages hat die Arbeitszeit in vielen größeren Handelsgeschäften eine namhafte Kürzung erfahren. Für das Krisenjahr sind diese Erfolge besonders bemerkenswert.

„schafflichen Organisationen“ im vergangenen Jahre abermals eine Verkürzung der bisher üblichen Arbeitszeit in einer ansehnlichen Reihe von Betrieben, sowohl fabrikmäßigen als auch kleingewerblichen Charakter, stattgefunden. Die meisten und bemerkenswertesten Erfolge in dieser Richtung hatte die Arbeiterkassen in den größeren Städten und Industriezentren aufzuweisen. So haben die Schuhmacher von Bregenz die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 11 auf 10, die Maurer einer größeren Stadt und die Arbeiter aller Eisenwerke im Verbener Aufsichtsbekörde von 10 1/2 auf 10 Stunden und die Zimmerer einer Kreisstadt die 8 1/2 stündige Arbeitszeit durchgesetzt. In den Städten Südtirols werden, wie Aufsichtsbekörde von Trient berichten, die im Kleingewerbe noch bestehenden übermäßig langen Arbeitszeiten nach und nach durch den Zehnstundentag ersetzt. Durch die Einführung des Siebenundachtstages hat die Arbeitszeit in vielen größeren Handelsgeschäften eine namhafte Kürzung erfahren. Für das Krisenjahr sind diese Erfolge besonders bemerkenswert.

## Aus der Frauenbewegung.

### Aus der besseren Gesellschaft.

In den „Zeitsfragen“, der Sonntagsbeilage der „Deutschen Tageszeitung“, werden den Lesern zuweilen literarische Extragerichte vorgelegt, die sich durch die besondere Würze verbrochener Aufzählung sowie leichtfertigen Urteils auszeichnen. Unter der Überschrift „Mehr Massenbewußtsein“ wurde dort (Nr. 44) von Dr. Winterstein ein Artikel präsentiert, der nicht nur wie eine bewußte Verhöhnung der christlichen Auffassung von der Gottesherrschaft aller Menschen anmutet, in dem auch die Frauenrechtlerinnen im Rausch für fernere Verbesserungen mit all ihren Begleiterinnen verantwortlich gemacht werden. Der Verfasser ist der „christlichen“ Ansicht, daß von den Ebenbildern Gottes eigentlich nur die Mittel-, West- und Nordeuropäer Existenzberechtigung hätten, die Verdrängung und Vernichtung aller übrigen Bewohner der Erde erstrebenswertes Ziel sei. Daß die Regier in Deutschland Bankrottstörer werden können, erfüllt ihn mit Grauen, und tief verlegt sein arisches Gemüt, daß Europäerinnen sich in Nichter verliebten, teutsche Jungfrauen Liebesbrieflein mit Regierhäuten austauschen. Und die Ursache des Erfolges schwarzer und gelber Konturierung? Dr. Winterstein hat's ergründet: „Nur geringer entwickelt ist das Massengefühl im deutschen Mutterlande, und gerade unter den Frauen und Mädchen. Der „Hans zum Ranne der niederen Art“, wie Dr. Harps in Leoben es treffend nennt, tritt nirgends so erschreckend hervor, als bei uns. Von kann da geradezu von pervertierten, widernatürlichen Neigungen sprechen. So wirkt das moderne, durch die Frauenrechtlerinnen vollends zuchtlos gewordene Weib einer verständigen Massensittlichkeit entgegen.“

Wir möchten da einfach konstatieren, daß gerade in den sogenannten „höheren Gesellschaftsklassen“ perverse Neigungen zu Hause sind, die moderne Frauenbewegung jedoch hat Selbstbewußtsein in die Frauengefinnung hineingebracht. Der Verfasser des „Massenbewußtseins-Artikels“ kann insofern recht behalten, als die „höheren Töchter“, die als Mittläuferinnen bürgerlicher Frauengruppen, den Wesensgrund der Bewegung nicht erfassen. Die ernststrebenden Frauen stehen nicht mehr auf der Stufe des „Hanges zum Ranne der niederen Art“. Solchen Vorzug überlassen sie neidlos den Damen der erglühenden Gesellschaft, in der die ernste Beschäftigung mit sozialen und politischen Fragen als unweiblich verpönt ist.

Im sechsten Wahlkreis sprach am Dienstag Genossin Pich in einer öffentlichen Frauenversammlung über „die neueste Ausdrandung des Volkes und die Stellung der Frauen dazu“. Die Rednerin zeigte, wie schwer das Volk an den Lasten, die ihm durch die Weispolitik des Reiches, durch den Militarismus und den Marxismus auferlegt werden, zu tragen hat. Für die Sozialgesetzgebung ließe der Militarismus nichts übrig. Aber nicht genug damit, das stehende Heer würde zum schlimmsten Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeitermassen ausgebildet. Das jüngste Beispiel biete uns davon das Mansfelder Bergrevier. Und aus dem Heere selbst kämen zahlreiche Verurteilte über Missethaten, denen die Söhne des Volkes ausgefetzt seien. Die Frauen könnten diesen Erscheinungen nicht teilnahmslos gegenüberstehen, es seien ihre Söhne, Brüder, Väter, die leiden und dulden müßten, die man zu Unterdrückern der Klasse, der sie angehören, heranzubilden wolle! Und die Frauen sollten sogar noch helfen, dafür die Kosten zu tragen! Die Feuerung würde größer; zu der Jollpolitik von 1902, die alles verteuerte, was zum Leben notwendig sei, kamme jetzt die Reichsfinanzreform mit ihren Lasten. Die Rednerin beleuchtete das Zustandekommen dieser Reform und zeigte die Wirkung der neuen Steuern auf Konsumenten und Produzenten. Lebhaft trat sie für den Brantweinbottel ein und erwartete gerade von den Frauen die beste Hilfe für die Durchführung des Boykotts, dessen politische Bedeutung sie hervorhob.

Nach dem mit Weisfall aufgenommenen Referat forderte die Vortragende zu Anmeldungen für den Wahlverein auf und konnten nachher 75 Renaufnahmen konstatiert werden.

### Amerikanische Sozialistinnen.

In Cincinnati haben unsere Genossinnen sechs Kandidatinnen für den Schulrat aufgestellt. Wie die „New Yorker Volkszeitung“ mitteilt, ist gerade infolge dieser Beteiligung der Frauen die Wahlbewegung besonders lebhaft, und die Politiker der alten Parteien wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sind von diesem Auftreten unserer Genossinnen auf dem Kampffeld unangenehm überrascht. In Milwaukee, der Hochburg des nordamerikanischen Sozialismus, gehört bereits eine Frau, die Lehrerin Berger, Schwester unseres bekannten Genossen, dem Schulrat an.

An der New Yorker Frauenuniversität (Ward College) hat sich ein Klub sozialistischer Studentinnen gebildet, der bereits über 40 Mitglieder zählt und eifrig unsere Literatur verbreitet. Vor kurzem hielt der Klub seine erste öffentliche Versammlung ab.

In Baltimore war eine Genossin, Anna Smith-Dang, Kandidatin für den Landtag von Maryland. Zunächst wurden ihrer Auffassung von der Wahlbehörde Schwierigkeiten gemacht, doch erklärte der Richter sie für zulässig. — In Massachusetts war die Genossin Harriet Dorja gar zum Amt eines Staatssekretärs vorgeschlagen. Sie ist seit vielen Jahren eifrig für die Partei tätig. Außerdem ist sie Mutter von sechs Kindern, von denen zwei Söhne schon erwachsen sind und für ihre Mutter stimmen.

## Gerichts-Zeitung.

### Die einsame Pappel vor Gericht.

Am 14. Januar 1908 soll Genosse Ledebour nach Ansicht der Polizei gegen das selbige entlassene preussische Vereinsgesetz gestreift haben. Am genannten Tage hielt unsere Partei bekanntlich in Berlin eine Anzahl von Demonstrationen gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht ab. Eine dieser Versammlungen fand in der Bräuerer Königstadt statt. Dort sprach Genosse Ledebour als Referent. Nach Schluß der Versammlung wurde in der Menschenmenge auf der Straße der Ruf laut: „Nach der einsamen Pappel!“ Die Menge begab sich nun nach dem historischen Versammlungsort von 1848, der sogenannten „einsamen Pappel“ auf dem Exerzierplatz an der Schönhauser Allee. Ledebour, der mitgegangen war, wurde von einigen Genossen emporgelassen und hielt eine kurze Ansprache, in der er unter Hinweis auf die historischen Erinnerungen, zu denen der Ort anregte, der energischen Führung unseres Wahlrechtskampfes das Wort redete.

Das war die Tat, welche die Polizei, die Mänter der preussischen Ordnung, nicht ungestraft lassen mochte. — Am 20. August 1908, also drei Monate nach dem Ende des preussischen Vereinsgesetzes,

unter der Herrschaft des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes erhielt Genosse Ledebour einen Strafbefehl über 30 M., der ihn bedroht: „Am 14. Januar 1908 in Berlin (in der verlassenen Schiedler Straße) an einem Aufzuge oder an einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, zu welcher die vorgängige schriftliche Genehmigung der Ortspolizeibehörde nicht erteilt war, teilgenommen zu haben und darin als Redner tätig gewesen zu sein. Vergehen gegen § 17 Abs. 2, 9 der Verordnung vom 11. März 1850.“

Gegen diesen Strafbefehl hat Ledebour natürlich Einspruch erhoben. Die gerichtliche Verhandlung fand gestern vor der 135. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte statt.

Den Tatbestand selbst gab Ledebour zu. Doch bestritt er, daß jene Menschenmenge, die, einer spontanen Eingebung folgend, sich nach der einsamen Pappel begab, als eine Versammlung angesehen werden könne. Auch von einem „Aufzuge“ könne keine Rede sein. Das ganze Ereignis sei rechtlich nicht anders zu beurteilen, wie jener Vorgang am Abend des 25. Januar 1907, wo nach beendeter Reichstagswahl eine große Menschenmenge vor das Reichskanzlerpalais zog und der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck eine Ansprache an die Menge hielt. Ledebour verwies noch darauf, daß bei den verschiedenen Gelegenheiten, beispielsweise bei Reisen von Romarden, Ansprachen aus dem Eisenbahnwagen an die versammelte Menge gehalten wurden, ohne daß solche Vorkommnisse als Verstöße gegen das preussische Vereinsgesetz angesehen worden sind.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, ohne ein Wort der Begründung zu sagen, die Aufrechterhaltung des Strafbefehls.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Karl Liebmann, führte aus, er hätte gern erfahren, auf welches Gesetz der Staatsanwalt seinen Antrag stütze. In dem nicht mehr geltenden preussischen Vereinsgesetz habe es ja eine Bestimmung gegeben, wonach jemand bestraft werden könnte, der als Redner in einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel aufgetreten ist. Das geltende Reichsvereinsgesetz aber bedroht mit Strafe nur die Leiter und Veranstalter von nicht genehmigten Aufzügen und Versammlungen unter freiem Himmel, sowie Personen, welche bewaffnet an solchen Versammlungen teilnehmen. Nach dem Reichsvereinsgesetz könne der Angeklagte, der ja nur als Redner auftrat, nicht bestraft werden, selbst wenn es sich um eine nicht genehmigte Versammlung unter freiem Himmel gehandelt hätte. Neue Ansammlung an der einsamen Pappel könne aber nicht als Versammlung angesehen werden. Denn es fehlten die organisatorischen Voraussetzungen, durch die eine zu bestimmten Zweck an bestimmten Orte zusammenkommende Menschenmenge sich als Versammlung kennzeichnete. Er beantragte die Freisprechung.

Der Vorsitzende verlas das Urteil des Gerichts dahin: Im vorliegenden Falle handele es sich um eine Versammlung unter freiem Himmel und auch um einen Aufzug im Sinne des preussischen Vereinsgesetzes. Es war eine Menschenmenge zusammengekommen zu einem bestimmten Zweck an einem bestimmten Ort, auch die innere Verbindung der Teilnehmer war vorhanden; also alle Voraussetzungen der bisherigen Jurisprudenz waren erfüllt. Das Gericht schließt sich dieser Jurisprudenz an. Danach kann es nicht zweifelhaft sein, daß sich der Angeklagte, der als Redner an einer nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel und gleichzeitig an einem Aufzuge teilgenommen hat, gegen das preussische Vereinsgesetz strafbar gemacht hat. Nichtig ist aber der Einwand der Verteidigung, daß das Reichsvereinsgesetz die Handlung des Angeklagten nicht unter Strafe stellt. Wenn zur Zeit der Handlung und zur Zeit ihrer Aburteilung verschiedene Gesetze bestanden, so muß nach § 2 des Strafgesetzbuches das mildeste Gesetz angewandt werden. Das ist in diesem Fall das Reichsvereinsgesetz. Da dasselbe die Handlung des Angeklagten nicht unter Strafe stellt, so hat das Gericht auf Freisprechung erkannt.

Nach diesem Urteil des Gerichts hat sich Fürst Bismarck als Reichskanzler zweifellos einer Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes schuldig gemacht, als er am Abend des 25. Januar 1907 zu den „patriotischen“ Demonstranten sprach, die sich vor seinem Palais verammelt hatten. Fürst Bismarck ist, wenn man dem Urteil des Gerichts folgt, als Redner in einer polizeilich nicht genehmigten Versammlung unter freiem Himmel aufgetreten und das zu einer Zeit, wo das preussische Vereinsgesetz, welches ja erst 1 1/2 Jahr nach Bismarcks Rede außer Kraft trat, volle Geltung hatte. Wenn die Polizei das Verhalten des damaligen Reichskanzlers ebenso beurteilt hätte wie sie die Handlung des Genossen Ledebour beurteilt hat, dann würde Fürst Bismarck auch bestraft sein. Denn seiner sofortigen Aburteilung stand die Verfassung nicht entgegen, da er ja nicht Reichstagsabgeordneter war. Weil weder Polizei noch Gericht gegen die Uebertretung des Fürsten Bismarck einschritten, so konnte er nicht bestraft werden. Es ist einer jener kleinen humoristischen Zwischenfälle in der Geschichte, daß die Freisprechung des Genossen Ledebour gleichbedeutend ist mit der Verurteilung des Fürsten Bismarck, der sich in der Wahlkraft über die ihm zustehenden Staatsbürgerrechte ebenso im Irrtum befand, wie sich Genosse Ledebour nach dem Urteil des Gerichts am Tage der Wahlrechtsdemonstration über das Maß der einem preussischen Staatsbürger zustehenden Rechte geirrt hat.

Uebrigens hätte nach dem Gesetze das Gerichtsurteil nicht auf Freisprechung, sondern auf Einstellung des Verfahrens lauten müssen. Nach Artikel 31 der Reichsverfassung kann kein Mitglied des Reichstages während der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstages zur Unternehmung gezogen werden. Der polizeiliche Strafbefehl war, da solche Genehmigung nicht eingeholt war, also unzulässig.

### „Das Volk“ und „nationalliberale Partei“.

Der Bekleidungsprozeß, welchen der Redakteur der christlichsozialen Zeitung „Das Volk“ in Siegen Otto Beckmann gegen den Generalsekretär der nationalliberalen Partei Paul Breithaupt angehängt hatte, fand gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts durch einen Vergleich seinen Abschluß. Es handelt sich um einen im „Volk“ erschienenen Artikel, welcher scharfe Angriffe gegen die nationalliberale Partei enthielt. Als Antwort hierauf bezeichnet der Beklagte das Vorgehen des Klägers in dem Artikel in einer öffentlichen Verhandlung als „Verleumdung“. Die Folge war die jetzige Privatklage. Es kam folgender Vergleich zustande: Der Privatkläger erklärt: Ich habe in dem Artikel des „Volk“ nicht behauptet wollen, daß die Leitung der nationalliberalen Partei und die nationalliberalen Abgeordneten ihre politische Tätigkeit von den Geldbeträgen der Großindustrie abhängig machen. Der Beklagte erklärt, daß er nunmehr keinen Grund habe, den Vorwurf der Verleumdung aufrechtzuerhalten und er ihn deshalb zurücknehme. Die gerichtlichen Kosten trägt der Angeklagte, die außergerichtlichen werden gegeneinander aufgehoben.

### Das Attentat vor dem Reichsgericht.

Leipzig, 24. November. Die Verhandlung gegen den Kaufmann Grosser wegen des Attentats im Reichsgericht findet vor dem hiesigen Schwurgericht am 9. Dezember und den folgenden Tagen statt. Die Anklage lautet auf vollendeten oder versuchten Totschlag. Wesentlich besitzen lebhaftes Interesse an der Zurechnungsfähigkeit Grossers, der nach einem ihm unglücklichen Zivilgerichtsurteil auf einen Richter und den Gerichtsschreiber schloß.

### Wegen versuchten Mordes

verhandelte gestern das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Reichsheim gegen den 40jährigen Schuhmacher Josef Smola. Der Angeklagte, welcher in Jettele in Oesterreich geboren ist, lernte im Jahre 1900 die Arbeiterin Anna Loseritz kennen. Er verlobte sich mit ihr ein Liebesverhältnis anzuschließen; die L. verlobte sich jedoch abnehmend, da sie erfahren hatte, daß Smola schon verheiratet und Familienvater war. Sie gab jedoch auf das fortgesetzte Drängen des E. schließlich nach und beide zogen zusammen. Die L. gab einen Teil ihrer Erparnisse zur Einrichtung eines kleinen Geschäftes her. Die Freude dauerte

Jedoch nicht lange, da S. seine Geliebte wiederholt schwer mißhandelte. Sie ließ ihn eines Tages im Stich und nahm eine Stellung an. Auf wiederholtes Bitten und Drängen des Angeklagten zog die L. jedoch nach kurzer Zeit wieder zu ihm. Dieses Spiel wiederholte sich nochmals, bis die L. den Entschluß faßte, sich endgültig von Smola loszusagen. Als dieser sah, daß die L. Ernst machte, bedrohte er sie wiederholt damit, daß er sie tötlichen werde, wenn sie nicht bei ihm bleibe. Am Morgen des 4. September d. J. lauerte der Angeklagte der L. auf, als diese bei dem Wäckermeister Ebert in Pantow Semmeln holte. Kaum hatte die L. den Laden verlassen, als der Angeklagte einen Schuß auf sie abgab, der aber fehlging. Auf die Hilferufe des Wäckermeisters Ebert herbei, dem der Angeklagte zürte, die L. habe ihm 62 M. und seine Uhr gestohlen. Gleich darauf gab der Angeklagte einen zweiten Schuß ab, der ebenfalls fehl ging. Als die Polizei in den Laden stürzte, lief der Angeklagte mit erhobenem Revolver hinter ihr her. In diesem Augenblick wurde ihm von Ebert die Waffe entzogen, ehe er wirkliches Unheil damit ausrichten konnte. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er gar nicht die Absicht gehabt habe, die L. zu töten oder zu verletzen, er habe sich vielmehr vor ihren Augen das Leben nehmen wollen. Als ihn die L. hieran habe hindern wollen, wären die Schüsse von selbst losgegangen. Der Staatsanwalt trat für Verjähung der Schuldfragen im Sinne der Anklage ein, während Rechtsanwalt Dr. Max Kantorowicz ausführte, daß aus den ganzen Äußerungen, die der Angeklagte vor der Tat gemacht habe, insbesondere aus dem Umstande, daß er kurz vor Abgabe der Schüsse der L. eine Photographie seiner Tochter ausgehändigt hatte, mit dem Auftrage, ihr zu schreiben wenn er tot sei, hervorgehe, daß er lediglich Selbstmord begehen wollte. Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung sämtliche Schuldfragen. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung bei sofortiger Haftentlassung.

„Hyäne des Tempelhofer Feldes“

war der Spitzname des „Stückleuters“ Georg Brühl aus Niddorf, der gestern das Schwurgericht des Landgerichts II bis zum späten Abend beschäftigte. Die Verhandlung entrollte ein düsteres Bild von dem nächtlichen Treiben auf dem Tempelhofer Felde. Recht grell wurden diese Nachtbilder in der Schwurgerichtsverhandlung beleuchtet, die seinerzeit sich um die Ermordung der Frau Antonie

Gläser drehte. Die Personen dieser Gläser und des Produktionshändlers Max Zander, der vom Schwurgericht wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, spielten auch in die jetzige Anklagefrage hinein.

Der 33 Jahre alte, mehrfach mit Gefängnis vorbestrafter Angeklagte hatte sich wegen räuberischer Erpressung, Diebstahls, Zuhälterei und Notzucht zu verantworten. Brühl war seit Jahren ständiger Besucher des Tempelhofer Feldes und verkehrte dort viel mit Mädchen und Zuhältern. Er war allgemein als Gewaltmensch bekannt und gefürchtet. Denn man wußte, daß er stets Revolver, Schlagring und Gummischlauch bei sich führte. Er ging, obwohl er nie arbeitete, stets sehr anständig gekleidet und trug sogar Zylinder und Lackstiefel. Er pflegte des Abends seinen Rundgang auf dem Tempelhofer Felde zu machen. Wenn er einem Mädchen begegnete, verlangte er Geld von ihr. Aus Furcht vor dem gewalttätigen Menschen erreichte er auch mit einer bloßen Drohung seinen Zweck, weigerten sich die Frauenzimmer aber, seinem Verlangen nachzukommen, so wurden sie durch Mißhandlungen dazu gezwungen. Im Jahre 1907 war sein einziger Freund der besagte Max Zander, der ebenso wie er auf dem Tempelhofer Felde sein Unwesen trieb und jetzt wegen des Lustmordes an der Antonie Gläser seit dem 28. Juni 1908 im Zuchthause sitzt. Zu den Mädchen, die unter Drohungen und Anwendung von Gewaltmitteln zur Herausgabe von Geld gezwungen wurden, befand sich auch die Gläser. Ihre Hilferufe haben schließlich die Festnahme des rohen Menschen am 20. Juni 1907 veranlaßt. Der Werdamerietwachmeister Karnuth hatte das Zammergeschrei der Gläser gehört und mit Hilfe eines berittenen Unteroffiziers die Verfolgung des Angeklagten aufgenommen, der dann in einer am Rande des Tempelhofer Feldes belegenen Schankwirtschaft festgenommen wurde. Die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabene Beweisaufnahme soll entlegliche Bilder sittlicher Verrohung und jämmerlicher Brutalität entrollt haben. Einige der Mädchen sind vom Angeklagten braun und blau geschlagen worden, eine wurde mit Nägeln und Fäusten so unheimlich behandelt, daß sie fast halbtot auf dem Tempelhofer Felde liegen blieb und erst als die Sonne sie erwärmte, sich mühsam weiter schleppen konnte. Brühl war damals der Zuhälter eines 16jährigen Mädchens, das jetzt in Fürsorgeerziehung untergebracht ist. Auch sie ist von dem Angeklagten vielfach in der rohesten

Weise mißhandelt worden. — Als der Angeklagte in die Untersuchungshaft übergeführt war, machten sich Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit geltend, so daß der Angeklagte auf Antrag des Gerichtsarztes Dr. Marx zur Beobachtung auf sechs Wochen nach der Zerenanfall Herzberge gebracht wurde. Brühl wurde damals als Geisteskranker erkannt; er wurde im November 1907 aus der Haft entlassen, aber wegen seiner Gemeingefährlichkeit der Polizei zwecks Sicherung übergeben. Er kam dann wieder nach Herzberge. Hier besserte sich sein Zustand so, daß er für haft- und verhandlungsfähig erkannt wurde. Infolgedessen wurde er am 1. Juni 1908 wiederum in Untersuchungshaft genommen, so daß er mehr als 2 Jahre hindurch teils in der Zerenanfall oder in Untersuchungshaft sitzt. Der Angeklagte bestritt im geistigen Termine die Behauptungen der Anklage und erklärte, von den meisten Vorgängen überhaupt nichts mehr zu wissen. Nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Marx ist der Angeklagte nicht geisteskrank aber minderwertig. Der Sachverständige hat keine Anhaltspunkte dafür, daß zur Zeit der Tat § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs Anwendung finden konnte. Dr. Klippstein, Oberarzt in Herzberge behauptet, daß der Angeklagte zunächst das Bild harter Geistesbenennung geboten habe; der Angeklagte sei also minderwertig zu betrachten. — Nach dem Wahrspruch der Geschworenen verurteilte das Gericht den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von neun Monaten Untersuchungshaft, fünf Jahren Ehrverlust und Ueberweisung an die Landespolizei.

Eingegangene Druckschriften.

Das Recht. Sammlung von Abhandlungen für Juristen und Jalen, herausgegeben von Dr. F. Köhler. Bd. 1. — Die Rechtsfähigkeit von E. Ehrlich. — Band 2 und 3. Die Beleidigung von M. Neumann. — Bd. 4. Der Richter von M. Baurhard. — Bd. 5 u. 6. Das Recht der Handlungsgehilfen von Van der Vorst. — Bd. 7. Kunst und Recht von A. Dierich. Einzelband 1,80 M. — Quart. u. Nahlbreit, Berlin W. 56.

Gesundheitspflege für Männer und Frauen jenseits des 40. Lebensjahres von Dr. H. Kronfeld. 1 M., geb. 1,40 M. — Greiner u. Schröder, Stuttgart.

Das Geranium. Ein Märchen von Elise Gnaud-Rühne. Bilder von F. Stäffer. 1 M. — Krappel-Heil- und Fürsorgeverein Berlin, Am Urban 10/11.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Versand-Abteilung: Leipziger Strasse | Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

Soweit Vorrat

Im Lichthof:

## Grosser Schürzen-Verkauf

Besonders günstige Einkaufs-Gelegenheit für Weihnachts-Geschenke

Farbige Kinderschürzen	mit Schleifen- u. Borden-Garnierungen, in 7 Grössen . . . . .	durchweg	90 Pf.	1 <sup>25</sup>	1 <sup>45</sup>
Schwarze Kinderschürzen	mit breiter Bordengarnierung, in 7 Grössen . . . . .	durchweg	95 Pf.	1 <sup>45</sup>	1 <sup>75</sup>
Hausschürzen	aus guten Gingham-Stoffen, mit Borden-Besatz . . . . .		75, 95 Pf.	1 <sup>25</sup>	
Miederschürzen	mit Achselbändern, gutsitzende Form . . . . .		95 Pf.	1 <sup>45</sup>	1 <sup>75</sup>
Kimono-Schürzen	mit Borden garniert, Ersatz für Hauskleider . . . . .		1 <sup>95</sup>	2 <sup>45</sup>	2 <sup>90</sup>
Zier-Schürzen	in vielen modernen Ausführungen . . . . .		30, 75, 95 Pf.		

## 4 Posten Handschuhe besonders preiswert

Damen-Stoff-Handschuhe	Trikot, mit u. ohne Futter, Ringwoods, reine Wolle, weiss u. bunt	35 Pf.	60 Pf.	85 Pf.
Herren-Stoff-Handschuhe	Trikot, mit und ohne Futter, Ringwoods, reine Wolle . . . . .	80 Pf.	95 Pf.	1 <sup>35</sup>
Damen-Leder-Handschuhe	Glacé und Schwedisch . . . . .	1 <sup>25</sup>	1 <sup>65</sup>	2 <sup>25</sup>
Herren-Leder-Handschuhe	Glacé und Schwedisch . . . . .	1 <sup>45</sup>	1 <sup>95</sup>	2 <sup>75</sup>

Nur den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Donnerstag, 25. November.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Königl. Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.)  
 Königl. Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orléans.  
 Deutsches. Ein Sommerabenteuer.  
 Komische Oper. Der Krug am Scheidewege. (Anf. 8 Uhr.)  
 Anfang 8 Uhr.  
 Neues königl. Opern-Theater.  
 Kamlet.  
 Festung. Tancrès der Herr.  
 Neues Schauspielhaus. Judith.  
 Neues Operetten. Mit Dubelack.  
 Berliner. Hohe Politik.  
 Trianon. Burdens Gel.  
 Komische Oper. Der polnische Jude.  
 Neues. Herbst. Der Unbekannte.

Kleines. Jugend.  
 Redend. Griechisch.  
 Hebbel. Der Skandal.  
 Schiller O. (Kammer-Deater.)  
 Mit Hobbs.  
 Sch. Charlottenburg. Gespenster.  
 Friedrich. Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Flachmann als Erzieher.  
 Wesen. Die geschiedene Frau.  
 Thalia. Die ewige Lampe.  
 Vulkan. Als mich frei.  
 Volkoper. Imbino. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
 Die Grille.  
 Volkspielhaus. Der dunkle Punkt.  
 Wies. Der große Galla. — Die große Kanne.  
 Helles Caprice. Sicher ist sicher.  
 Unter Leil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
 W. u. S. Spezialitäten.  
 Wintergarten. Spezialitäten.  
 Collins. Dufel Gohn.  
 Gebr. Herrfeld-Theater. So muß man's machen. Ein Rettungs-mittel.  
 Karl Haberland-Theater. Spezialitäten.  
 Volkshaus. Spezialitäten.

Waldspiel. Die gute Partie. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
 Vantage. Spezialitäten  
 Monats-Theater. Die Hölle, der Rohr von Benedig.  
 Palast. Die Hölle, der Rohr von Benedig.  
 Reichshallen. Stettiner Sänger.  
 Urania. Fassenstraße 18-19.  
 Im wissenschaftlichen Theater:  
 Abends 8 Uhr: Die Tragödie im Tierreich.  
 Sprechsaal 8 Uhr: Dr. Wils. Verandt: Darwin's Lehre (Selektions-theorie, 2. Teil).  
 Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62.  
**Lessing-Theater.**  
 Donnerstag, 8 Uhr: Tancrès der Narr.  
 Freitag, 8 Uhr: Hebbel's Gabel.  
**Neues Operetten-Theater.**  
 Schiffsbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr:  
**MIB Dudelsack.**  
 Operette in 3 Akten von Rudolf Kellon.

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater (Wallner-Theater.)  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**MIB Hobbs.**  
 Lustspiel in 4 Akten von Jerome K. Jerome. Deutsch von H. Wolter.  
 Ende 10 1/2 Uhr.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Der Schwur der Treue.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**MIB Hobbs.**  
**Berliner Theater.**  
 Heute **Hohe Politik.**  
 8 Uhr: **Hohe Politik.**  
 Morgen: **Hohe Politik.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
 Donnerstag, 25. Novbr., Anf. 8 Uhr:  
**Flachmann als Erzieher.**  
 Freitag: **Liselott.** — Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr: **Anderswort: Dornröschen.** 8 Uhr: **Flachmann als Erzieher.**

Schiller-Theater Charlottenburg.  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Gespenster.**  
 Ein Familien-drama in 3 Akten von Henrik Ibsen.  
 Ende 11 Uhr.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
 Wallensteins Lager. Die Piccolomini.  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Wallsteins Tod.**  
**Neues Theater.**  
 Zum erstmal:  
**Herbst. — Der Unbekannte.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen und folgende Tage:  
**Herbst. — Der Unbekannte.**  
**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: Die geschiedene Frau.  
 11 Uhr, Sonnab. 4 Uhr: **Strunnerspeler**  
 Sonn. 3 1/2, 11: Ein Walgetraum.

**Lustspielhaus.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**  
**Residenz-Theater**  
 Direction: Richard Alexander.  
 Abends 8 Uhr:  
**Gretchen.**  
 Gelebt in 3 Akten von David und Michel.  
 Morgen und folgende Tage:  
 Die selbe Nacht.  
 Sonntag, den 28. Nov., nachm. 3 Uhr:  
 Stämmere Dich um Amelle.  
**Volks-Oper.**  
 SW, Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.  
 Luper Monument:  
**Undine.**  
 Anfang 1/2 9 Uhr.

# Freie Volksbühne

Für die vom Polizeipräsidenten verbotenen Bußtagsveranstaltungen werden an folgenden Tagen die

## Ersatz-Vorstellungen

nachgegeben:

- 9. Abteilung a und b und 13. Abteilung b: Sonntag, den 12. Dezember, 3 Uhr; 2. Abteilung d und 12. Abteilung b: Sonntag, den 15. Mai, 3 Uhr im **Residenz-Theater**.
  - 1. Abteilung a, b, c: Sonntag, den 17. April, 3 Uhr im **Lessing-Theater**.
  - 5. Abteilung c, d und 6. Abteilung a, b: Montag, den 30. Mai, abends 8 Uhr; 6. Abteilung c, d und 7. Abteilung a, b: Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr im **Thalia-Theater**.
- Die gelösten Beitragsmarken behalten bis zu diesen Ersatz-Vorstellungen ihre Gültigkeit.

### Die nächsten Stücke:

- Abendabteilungen: Ludwig Felda: **Ein Exempel**.
- Nächste Nachmittagsserie im **Thalia-Theater** an Stelle der wegen technischer Hindernisse diesmal noch zurückgestellten Bauernkomödie „Der Dorstyrann“
- Max Halbes Liebesdrama: **Jugend**.
- Schillers **Maria Stuart**.
- Maupassants **Musotte**.
- Esmanns **Vater und Sohn**.

## Werbet neue Mitglieder!

Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

## Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, den 25. Novbr., abends 7 1/2 Uhr präzise:  
**Große Galavorstellung.**  
9 1/2 Uhr: Zum 75. Male:  
**Farmerleben.**  
Vorher: **Die Clevelander!**  
**Patty-Frank-Truppe!**  
Hr. Burkhardt-Facilit, Schulleit.  
Hr. Ernst Schumann, Neudress.  
Fr. Wardin Beketow, Schulleit.,  
usw. usw.  
**Achtung! Sonntag, 28. Nov.,**  
nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Farmerleben!**  
ohne Kürzung!!

## Palast-Theater.

Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 24, am Bahnhof Böse.  
Täglich: Die erfrischenden  
November-Spezialitäten.

## Liebfens Trick?

mit Direktor Rob. Dill  
in der Hauptgesangsparlie.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entr. 50 Pf. bis 2 Mk.  
Vorzugsarten überall  
zu haben.

## Folies Caprice.

## Premiere

**Sicher ist sicher.**  
Schauspiel von Satyr.

## Neuer hunder Teil.

**Der Mann meiner Frau.**  
Schauspiel von Satyr.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

## Mündener Märchenspiele.

**Gastspiel-Theater**  
Köpenicker Straße 67/68.  
Heute und folgende Tage:  
**Der Zauberfessel.**  
Anfang 8 Uhr.

## Zirkus Schumann

Donnerstag, den 25. November,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung**  
mit neuem Programm.  
**Debüt**  
des Amerikaners **Mstr. Niblo**  
in seinen konversierenden  
Papageien Kokoo und Laura.  
In dieser Vollenbung noch nicht  
dagewesen.  
Um 9 Uhr: Ende ca. 11 Uhr  
die große Revue:  
**Die drei Rivalen**  
oder **Das mysteriöse Schloss**  
in der Normandie  
phantastische Feste in 5 Akten.  
Hervorstechend: Das Hochzeitsfest  
u. die feenhafte Schlafapotheke.  
**Sonntag 2 Vorstellungen.**  
3 1/2 Uhr 1 Kind frei, weitere  
Kinder halbe Preise.

## Walhalla- Variete-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal Tor.  
Anf. 8 Uhr. Die großartigen  
November-Spezialitäten.  
Im Tunnel: Regimentskapelle.  
Theaterbesuchern freier Eintritt.

## Sanssouci,

Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Heute Donnerstag:  
**Neues Programm.**  
**Elite-Soiree** Tanz-  
fränzchen  
mit  
**Hoffmanns Nordd. Sängern**  
Tubelader Schall!  
Die Schlager der Saison:  
Der Goldfuchs und  
O. Trompeter v. Säckingen.  
Beg. Sonnt. 5. nach 8 Uhr.  
Morgen Freitag: Theaterabend:  
Im Café Robiche. Schlußbalkon.

## Königstadt-Kasino.

Holocauststraße 72.  
Täglich: Konzert, Theater- und  
Spezialitäten - Vorstellung mit  
Franz Sebastiani, Olga Ley, Josef  
Kambschläger, Carmanelli Kurt  
Werther, Emmy Galotti, Rockowsky-  
Duo Gast. Burg Truppe Juhasz  
(4 Personen, 1 Begleiter) ufm.  
Prinz Weidolin, Gesangsop. v. Klein.

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger  
Meysel, Britton,  
Schrader usw.  
Anfang:  
Bisont.  
8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.

## Artushof (Moabit)

Perleberger Straße 25.  
Gastspiel des Voigt-Theater-Ensembles  
Donnerstag, den 25. November:  
**Die schöne Ungarin.**  
Vollständ. mit Gesang in vier Akten  
von Mannhöf.  
Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

## Buggenhagen am Moritzplatz Anf. 8 Uhr.

## Humpsti - Bumpsti

Sonntag nachmittag:  
**Gr. Vorstellung**  
zu kleinen Preisen.  
3 1/2 Uhr: Ein Kind frei!

## Achtung! 208/3\*

**Sumatra Vollblatt**  
dritte Länge, hochfeiner Brand  
und Qualität per Pfd. M. 2.90.  
**Hamburger Rohtabak - Haus**  
Filiale: Berlin N.  
Brunnenstraße 100.

Vorsicht!  
**Erfinder**  
verkauft nur der Patent-Re-  
marken gratis u. franko die  
Broschüre  
**„Denke nach“**  
von Carl Fr. Reichelt  
Berlin E. Friedrichstr. 207

## Albert Roske.

Am Montag 2 1/2 Uhr verschied  
an Lungenerleiden nach längerer  
Krankheit unser lieber Mann,  
unser guter Vater, der Großvater-  
bruder  
**Albert Roske.**  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 23. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle der freiwilligen Gemeinde,  
Pappelallee, aus statt.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Witwe Bertha Roske**  
nebst Kindern.

## Zentr.-Kranken- u. Sterbekasse

d. deutsch. Wagenbauer Berlin II  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Frau Handzowsky**  
verstorben ist.  
**Eher ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, 25. November, nachm.  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Stirchhofs der katholischen Gemeinde  
in Wilhelmberg aus statt.  
Die Ortsverwaltung Berlin II.

## Dankagung.

Für die vielen Beweise der Teil-  
nahme sowie die zahlreichen Kranz-  
senden bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, in erster Linie  
**Karl Bäcker**  
sagen wir allen Bewandten und Be-  
kannten, den Sängern für den er-  
hebenden Gesang, als auch den Be-  
nossten des VI. Berliner Wahlkreises  
unseren herzlichsten Dank. 25095  
**Ww. Anna Bäcker** nebst Töchtern.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
dicht am  
**Prinzenstr. 41, Moritzplatz,**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
in 1000 Abbild. gratis u. franko an  
H. Unger, Gesamtwarenfabrik  
Berlin NW. Friedrichstr. 91/92

## Weile!

**Pelz-  
Stolas**



Hervorragend  
billige Preise!

Riesenhafte  
Auswahl!

Skunks - Stolas  
von 25.- M. an

nur  
**Dresdener Str. 119**

Eckhaus Oranienplatz.  
Bitte genau auf Hausnummer achten!

**Ohne  
Anzahlung**

Teppiche, Gar-  
dinen, Portieren,  
Bilder, Spiegel,  
Uhren  
Auf Teilzahlung.  
**L. Matzner, Auguststr. 50.**  
Nur Karten erbet.

## Steppdecken Spezialhaus

**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158

Similliseide in den 4<sup>tes</sup> 6<sup>tes</sup>  
Farb. rot 7<sup>50</sup> 8<sup>75</sup>  
blau, oliv. . . . .  
auf beid. Seit. benutzbar 11.25

Wollatlas rot . . . 7<sup>50</sup> 9<sup>00</sup>

Bunte Normal-  
Schlafdecken 17<sup>50</sup> 25<sup>00</sup> 35<sup>00</sup>

Woldecken ganz dick 3<sup>00</sup> 4<sup>00</sup>

Ein Posten echte  
Kamelhaardecken 10-24<sup>00</sup>

Mein neuer  
**Pracht-Katalog**

mit ca. 650  
Abbildungen gratis u. franko.

**Für alle Welt,**  
die sich die nicht mehr zu überbietende  
coulante Art der Waren-Kredit-Gewährung  
des ganz kolossalen neu eröffneten  
**Kaufhaus auf Kredit**  
**„Für alle Welt“**  
**Schöneberg Hauptstr. 19**  
direkt a. Kaiser-Wilhelm-Platz, d. alt Rathaus gegenüber  
zu Nutzen machen, zur geistigen Kennt-  
nis, dass wir mit unserer allgemeinen  
**Gratis-Weihnachts-Bescherung**  
für Jung und Alt, für Gross und Klein  
bereits begonnen haben. Wir sind nicht  
Freunde von vielen Worten; wir laden  
das verehrte Publikum nur höflichst  
zum Besuche und zur Besichtigung  
unseres Betriebes ein; eine Verpflich-  
tung zu irgend einem Kaufe ist damit  
durchaus nicht verbunden

**Für alle Welt** führt in der  
Hauptsache  
**Herren-, Damen-, Kinder-Bekleidung**  
Pelzwaren, Steppdecken, Teppiche, Gardinen  
u. dgl. m.  
**Möbel (einzelne Stücke) in allen Holzarten**  
Lieferung vollständiger Wohnungseinrichtungen  
etc. etc.  
**Grösste Auswahl in allen Abteilungen.**  
Jeder, ob ledig oder verheiratet, ob Dame oder Herr,  
**erhält Kredit**  
unter aller, allerbequemsten Abzahlungsbedingungen!

Unsere werten Kunden werden noch besonders  
darauf aufmerksam gemacht, unsere Annoncen, ganz  
gleich, in welcher Zeitung selbige erschienen sind,  
zu sammeln und aufzubewahren!  
**Aufklärung später!**

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Fritz Bley:**  
**Die Tragödie im Tierreich.**  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Wilhelm  
Berndt: Darwins Lehre (Selektions-  
lehre 2. Teil).

## Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Gib mich frei.**  
Schauspiel in 5 Akten nach einer Er-  
zählung von G. Courtis-Mahler von  
Ernst Ritterfeldt.  
Freitag: **Gib mich frei.**  
Sonabend 4 Uhr: Große Kinder-  
vorstellung: **Snowwittchen.** 8 Uhr:  
Schmat.

## ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr Ende 7, 11 U.  
Bei aufgeh. Abonnem.:  
**Die Grille.**  
Rundliches Charakterbild in 5 Akten  
von Charlotte Birch-Bleifer.  
Freitag: **Der Güttendörfer.**

## Herrnfeld Theater

Romanandauerstr. 57. - T. 21. 4, 5089.  
**Der größte  
Herrnfeld-Erfolg!**  
**„So muß  
man's machen“**

Burleske mit Gesang in zwei Akten,  
Musik von L. Thal, mit den Autoren  
Anton und Tonal Herrnfeld in  
den Hauptrollen. - Dienstag:

## Ein Rettungsmittel

Komödie in 1 Akt von Ludwig Guna.  
Anfang 8 Uhr.  
Verkauf 11-2 Uhr Theaterkaffe.

## Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Guridans Esel.**

## W. Noacks Theater

Oranienstr. 16, am Rosenhäger Tor.  
Lezte Wochenlangsaufführung:  
**Othello**  
der Mohr von Venedig.  
Othello: Franz Werler.  
Freitag: **Die goldene Eva.**  
Sonabend: **Die Grille.**

## Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 25. November:  
Zum ersten Male:

## Das alte Lied.

Schauspiel in drei Akten von  
Felix Philipp.

## Karl Haverland

Anfang Theater präz. 8 U.  
77/79 Romanandauerstraße 77/79:  
**13 Spezialitäten. 13  
Schlager auf Schlager!**

## Casino-Theater

Köpenicker Straße 37. Täglich 8 Uhr  
bis Donnerstag, den 2. Dezember:  
**Onkel Cohn.**  
Freitag, den 3. Dezember,  
zum erstenmal:  
**Der Obergartner.**  
Sonntag 4 Uhr: **Familie Altkerst.**

## Apollon Theater

Anfang 8 Uhr. Letzte Woche  
des fotohaften Programms, u. a.:  
**Tohuwobohu, Burleske,**  
**Consuelo Fornarina,**  
die Schöne  
**Wynne Brothers.**

## WINTERGARTEN

Die November-Attraktionen.  
Eine Revue der  
Schönheit, Grazie u. d. Humors!  
**Anne Dancrey.**  
**Bernh. Mörbitz.**  
**Lalla Selbini.**  
**Horace Goldin.**  
**Sisters Harvey**  
und eine Reihe  
auserlesener Kunstkräfte.

## Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Das großartige  
Varieté-Programm  
des neuen großen  
Varieté-Teils.**  
Ferner 10 neue Debüts.  
Ferner:  
**Henry Bender**  
in der tollen Burlesko  
**Der süße Doktor.**

Passage-Panoptikum.  
Neu: Im Reiche des Königs Aqua.  
Gehobnisse der Wasserlelle.  
Plastische Riesendarstellungen.  
Das lebende Skelett.  
Das anatom. Rätsel.  
**Die Traumalerin.**  
AGA, die schwed. Jungfrau  
Tamburitzu-Brigantos.  
Panophon-Vorträge.  
Alles ohne Extra-Entree!

Verantwortlicher Redakteur Richard Borth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 28. November, abends 8 Uhr, in Cafe von Rabe, Fichtestraße 29: gemütliches Beisammensein. Vortrag des Genossen Dr. Plehner. Nachdem: Tanz usw. Um recht zahlreichen Besuch bitten

Die Abteilungsleiter.

Lichtenberg. Auf zur Agitation! Die wegen der Stadtverordnetenwahl verschobene Verbreitung der Extracommer des „Vorwärts“ findet Freitagabend von den bekannten Stellen aus statt. Die Einholung der Abonnementskarten ist Sonntag früh.

Schöneberg. Der erste Lichtbilder-Vortrag: „Die Entwicklung des Menschen“ findet am Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Reiminger Straße 8 statt. Willeis zum Preise von 60 Pfennigen, die zur Teilnahme an allen sechs Vorträgen berechtigen, sind bei den Bezirksführern und in der Expedition, Martin-Lutherstr. 61 zu haben. Die Genossen wollen hierüber regen Gebrauch machen. Der Vorstand.

Mariendorf. Infolge verspäteter Zustellung des Materials findet die „Vorwärts“-Agitation heute abend 7 Uhr von den Bezirkslokalen statt. Regere Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Frederichsdorf-Petershagen. Da der Gastwirt Max Giese, Frederichsdorf, sein Lokal der Arbeiterkassette nicht mehr zur Verfügung stellt, findet gleichwohl heute abend 8 1/2 Uhr im Lokale von Otto Giese, Petershagen, ein Extrazugabend statt.

Berliner Nachrichten.

Die Pflichtfortbildungsschule Berlin

hatte im Schuljahr 1907/08 mit der Einschulung des dritten Jahrganges ihren Aufbau beendet. Im Schuljahr 1908/09, aus dem jetzt der Bericht der Pflichtfortbildungsschuldeputation vorliegt, ist sie nun in einen gewissen Beharrungszustand getreten. Die Gesamtzahl der Pflichtfortbildungsschüler hat sich diesmal nicht mehr nennenswert vermehrt; der Bericht sagt: „namentlich unter dem Einfluß des weiteren Niederganges der gewerblichen Konjunktur, der eine Einschränkung der Zahl der in den kaufmännischen und gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen nach sich zieht“.

Im Winter 1908/09 gehörten zur Unterstufe 12 104 Schüler, zur Mittelstufe 10 902, zur Oberstufe 7386, so daß die Gesamtzahl der Pflichtfortbildungsschüler sich auf 30 392 belief. Gegenüber dem Winter 1907/08, wo 28 682 Schüler gezählt wurden, ist eine Vermehrung um nur noch 1710 Schüler eingetreten. Das ist wenig, wenn man erwägt, daß inzwischen auch für die vorübergehend Beschäftigungslosen die Verpflichtung zum Weiterbesuch der Fortbildungsschule eingeführt worden ist. Die Schülerzahl hat in der Mittelstufe sich sogar vermindert, um 393; dafür hat sie in der Oberstufe um 585 und in der Unterstufe um 1538 sich vermehrt. Mittel- und Oberstufe haben wohl meist durch Aufzügen ihren Zuwachs erhalten; die Unterstufe ist lediglich auf Neuaufnahmen angewiesen, und hier hat dann die Wirkung der Wirtschaftskrise in voller Deutlichkeit sich zeigen können.

An der Gesamtzahl 30 392 des Winters 1908/09 waren die einzelnen Berufsgruppen so beteiligt: Baugewerbe mit 2446 Schülern, Metallarbeiter mit 6855, Kunstgewerbe mit 2702, Kleidungsgewerbe mit 935, Nahrungsmittelgewerbe mit 1255, Barbieren und Friseur mit 455, Kaufleute mit 4842, ungelernete Arbeiter mit 10 492, sonstige Gewerbe mit 410. Diesmal ergibt sich beim Baugewerbe ein Minus von reichlich 600, beim Kunstgewerbe ein Minus von 200. Alle anderen Gruppen haben ein Plus, das stärkste (ziemlich 1400) die ungelerneten Arbeiter, bei denen sonst in besonders großer Zahl die Beschäftigungslosen dem Unterricht fernzubleiben pflegen.

Ueber den Unterrichtserfolg sagt der Bericht: „In dem Maße, wie sich Arbeitgeber und Schüler an die Einrichtung der Pflichtfortbildungsschule gewöhnen und die Widerstände schwinden, die sich in der ersten Zeit geltend machten, wachsen auch die Unterrichtserfolge der Schule. Die Schüler bringen dem Unterrichtsstoff, der der Praxis ihres Berufs entnommen wird, ein erhöhtes Interesse entgegen.“ In den Lehrlingsklassen seien daher die Unterrichtserfolge fast durchgehend günstig. Nicht so günstig seien sie aber bei den ungelerneten Arbeitern; ihnen habe der in dem wirtschaftlichen Niedergang begründete Arbeitsmangel einen häufigen Wechsel der Arbeitsstelle und damit auch der Schule gebracht, so daß gleichmäßige Förderung und Beeinflussung dieser Schüler vielfach nicht erzielt werden konnte.

Die „Widerstände“ sind bekanntlich größer bei den Arbeitgebern als bei den jungen Arbeitern. Um die Arbeitgeber mit der Pflichtfortbildungsschule möglichst auszusöhnen, kommt der Magistrat ihnen in jeder Weise entgegen. Mit Rücksicht auf die Arbeitgeber wird z. B. die Unterrichtszeit vielfach bis 8 Uhr abends ausgedehnt. Als kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung die sozialdemokratische Fraktion ihre Forderung erneuerte, daß nicht über 7 Uhr hinaus unterrichtet werde, wurde von einem Vertreter der Unternehmer geantwortet, dann könne man schwer alle 6 Unterrichtsstunden der Woche auf einen einzigen Tag legen. Jetzt lesen wir in dem Bericht der Fortbildungsschuldeputation, den vielfachen Wünschen der Innungen entsprechend sei Zusammenlegung des Unterrichts auf einen Tag versuchsweise genehmigt worden, es seien „indefinit gegen diese Einrichtung doch erhebliche, namentlich pädagogische Bedenken laut geworden“, so daß die Deputation, wenn sie auch den Versuch noch forsche, weitere Ausdehnung vorläufig nicht mehr gestatten wolle. Wir fürchten nur, daß pädagogische Bedenken, die der Deputation aufsteigen, dem Magistrat und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit nicht imponieren werden, wenn Unternehmerinteressen in Frage kommen.

Stadtverordneten-Wahl im 2. Kommunalwahlbezirk dritter Abteilung.

Die gestrige Stichwahl fand unter außerordentlich starker Beteiligung statt und hatte folgendes Ergebnis: Es erhielten: Hotelbesitzer Leis (A. L.) 911 Stimmen, Schriftsteller v. Gerlach (P.-mokr. Bgg.) 712 Stimmen. Somit ist Hotelbesitzer Leis (A. L.) gewählt. Bei der Wahl am 3. November wurden abgegeben: für Rechtsanwalt Ulrich (Bürgerpartei) 176, Hotelbesitzer Leis (A. L.) 409, Schriftsteller v. Gerlach 306 und Gürtler Stolzenburg (Soz.) 217 Stimmen. Die Beteiligung war erheblich stärker als bei der Hauptwahl. Die Antifemiten waren eifrig für Leis tätig.

Das Arbeitshaus als Mittel gegen den Notstand.

Das Arbeitshaus der Stadt Berlin hatte im Etatsjahr 1907/08 eine Frequenzverminderung gehabt. Sie ist

leider nur vorübergehend gewesen, das Etatsjahr 1908/09 hat eine um so beträchtlichere Steigerung der Frequenz gebracht. Es war zu erwarten, daß Arbeitslosigkeit und Notstand wieder mal diese Wirkung haben würden. Im „Vorwärts“ wurde bereits vor Jahresfrist darauf hingewiesen, daß in Kürze dieser unerfreuliche Umschwung eintreten werde und dem Arbeitshaus wieder eine Hochflut bevorstehe.

Für das Arbeitshaus hatte das Etatsjahr 1907/08 am 31. März 1908 abgeschlossen mit einem Bestand von 1285 Korrigenden, 1349 männlichen und 96 weiblichen. Im Laufe des Etatsjahres 1908/09 kamen in Zugang 1428 männliche, 102 weibliche, zusammen 1530 Korrigenden, in Abgang 1149 männliche, 55 weibliche, zusammen 1204 Korrigenden. Mitin blieb zum Schluß des Etatsjahres, am 31. März 1909, ein Bestand von 1628 männlichen, 95 weiblichen, zusammen 1711 Korrigenden, das sind um 279 männliche, 47 weibliche, zusammen 326 Korrigenden mehr als im vorhergehenden Jahre. Der Verwaltungsbericht für 1908/09, der jetzt vorliegt, bemüht zur Vergleichung der Abgänge nicht von 1907/08, sondern von — 1906/07. Das Versehen ist ungewöhnlich, aber es hat die Wirkung, die inzwischen eingetretene Frequenzsteigerung minder groß erscheinen zu lassen.

Es ist sehr lehrreich, zu prüfen, aus welchen Gründen dem Arbeitshaus das Mehr gekommen ist. Zu untersuchen ist hierbei in Reuaufnahmen und Wiederaufnahmen (nach Krankenhausentlassung oder Blutverlust), für den Einfluß des Notstandes auf die Arbeitshausfrequenz interessieren natürlich nur die Reuaufnahmen. In 1908/09 waren an dem gesamten Zugang die Reuaufnahmen beteiligt mit 1282 männlichen, 99 weiblichen, zusammen 1381 Korrigenden. Da in 1907/08 nur 1074 männliche, 88 weibliche, zusammen 1162 Korrigenden neu aufgenommen worden waren, so ergibt sich für 1908/09 ein Mehr von 208 männlichen, 66 weiblichen, zusammen 274 Korrigenden. Bei den Reuaufnahmen weiblicher Korrigenden mag ein Zufall mitsprechen, der bei der Kleinheit der Zahlen sich besonders stark geltend machen kann. Dagegen gibt es zu denken, daß die Reuaufnahmen männlicher Korrigenden von vorletztem zum letzten Jahr sich um 20 Prozent gemehrt haben.

Voraus diese erschreckende Zunahme zu erklären ist, das sehen wir, wenn wir für die beiden letzten Jahre die Gründe der Ueberweisung betrachten. Sie waren in 1908/09 beziehungsweise in 1907/08 bei den Männern: 11 (0) mal Landstreicher, 655 (593) mal Betteln, 567 (441) mal Obdachlosigkeit, 40 (40) mal Zuhälterei; bei den Frauen: 7 (1) mal Betteln, 81 (22) mal Gewerbeunzucht, 31 (10) mal Obdachlosigkeit. Aus diesen Zahlen wird erkennbar, daß an dem Mehr der Ueberweisungen zum Arbeitshaus die Obdachlosigkeit noch sehr viel stärker als die Bettelerei beteiligt ist. Bei den Männern nahmen zu die Ueberweisungen wegen Bettelerei von 593 um 62 auf 655, d. h. um etwas mehr als 10 Proz., dagegen die Ueberweisungen wegen Obdachlosigkeit von 441 um 129 auf 570, d. h. um ziemlich 29 Proz.

Das Verdienst, eine schärfere Verfolgung der Obdachlosen veranlaßt zu haben, kommt bekanntlich dem Stadtrat Fischbeck zu. Dieser „einzige Sozialpolitiker“ im Magistratskollegium wagt auch sehr eifrig dafür, daß der „Muh“, das Obdach durch seine vor mehreren Jahren durchgeführten „Reformen“ geleert zu haben, ihm nicht streitig gemacht wird. Im letzten Jahre aber ist er ihm doch ein wenig geschnitten worden: das bequeme Mittel, durch Ueberweisungen Obdachlose an das Arbeitshaus deren Andrang zum Obdach zu wehren, hat gegenüber der Größe des Notstandes versagt. Das Arbeitshaus hat sich gefüllt, und dennoch ist das Obdach nicht leer geworden.

Der Not als Irrenhausärzter. Die soeben herausgegebene neueste Nummer der in Heidelberg erscheinenden „Zeitschrift des Bundes für Irrenrecht-Reform und Irrenfürsorge“ (Psychiatrische Gruppe des Allgemeinen Deutschen Kulturbundes) enthält in einem längeren Aufsatz über Verhältnisse bei Entmündigungen von Irrenhauspatienten die folgenden höchst erbaulichen Schlussbemerkungen:

„Verfährt das Richterkollegium allzu schablonenmäßig und ohne tieferes Eingehen auf die Individualität des zu Entmündigenden, so steht auf der anderen Seite neben der verknöcherten Doktrin leider auch die mitunter für die hochmoralische wirtschaftliche Halbabschneiderei höchst ungeeignete Persönlichkeit des Psychiaters. Wir möchten hier aus der Fülle des Materials einen Irrenhausdirektor herausgreifen, der seit Jahren in eingeweihten Kreisen als schwerer Notator bekannt ist. Schon in seiner früheren Stellung als Oberarzt hat er sich bei den feinen Schuhen anvertrauten Kranken unendlich oft zum Geipötl gemacht. Es war und ist gar nicht Seltenes, daß dieser Mann, der ja zweifellos ein grundgesetzlicher Psychiater ist, betrunken oder windfiedel stark angetrunken auf die Stationen kommt und in diesem Zustande wichtige Anordnungen trifft, die er am nächsten Tage rückwärts widerruft. Welche ungeheure Gefahr liegt da vor, daß Patienten, die der weiteren Anstaltspflege dringend bedürftig sind, entlassen werden, während man andere, die längst an die Freiheitluft gehören, festhält! ... Solchen Psychiatern, deren eigene geistige Normalität stark angezweifelt werden muß, werden alljährlich Tausende von Menschenleben anvertraut.“

Gemeint ist offenbar derselbe in leitender Stellung befindliche Irrenarzt, über den genau gleiche Klagen im Laufe der letzten Jahre auch und von zahlreichen Seiten zugegangen sind. Wir haben anfangs die Sache nicht recht glauben wollen, können und aber bei der Menge der durcheinander gleichartigen Beschwerden, die uns keineswegs von entlassenen Geisteskranken unterbreitet wurden, nicht der Ansicht verschließen, daß etwas Wahres daran sein muß. Sache der städtischen Verwaltung muß es sein, der Angelegenheit nachzugehen und eventuell für Remedur zu sorgen.

Märchenvorlesung. Am Tage der Eröffnung der Ausstellung empfehlendster Jugendchriften, Sonntag, den 5. Dezember, wird Frau Johanna Meyer im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Märchenvorlesung mit Lichtbildern veranstalten. Vorher wird Heinrich Schulz einige einleitende Worte über Grimm sprechen. Der Saal wird um 2 1/2 Uhr geöffnet, Anfang 3 Uhr. Schulpflichtige Kinder haben freien Eintritt, Erwachsene zahlen 30 Pf. Die Begleitung der Kinder durch Erwachsene ist nicht erforderlich, da die nötigen Aufsichtspersonen durch den Verein für Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse gestellt werden.

Der gestern früh eingetretene Schneefall hat, obwohl er nicht so bedeutend war wie der Schneesturm am Vortag, doch erhebliche Verkehrsstörungen herbeigeführt. Diese Störungen wurden um so unangenehmer empfunden, als auch der Geschäftsverkehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Im Betriebe der Straßenbahnen und Omnibusse traten ausgedehnte Störungen ein, die zur Folge hatten, daß das Geschäftspersonal gestern früh fast überall mit erheblicher Verspätung eintraf. Besonders schwer litt durch den Schneefall der Privatfuhr-

verkehr, und die Pferde waren kaum imstande, die Lasten vorwärts zu bringen. Allenfalls blieben Geschäfts- und Arbeitswagen stehen, und hauptsächlich an den Brückenrampen kam es dadurch zu erheblichen Störungen. Um die Fuhrwerke von den Straßen fortzuschaffen, war es in zahlreichen Fällen notwendig, Vorspannpferde herbeizuschaffen. Auch eine Reihe von Unfällen haben sich ereignet. Auf Fahrdämmen und Bürgersteigen herrschte infolge des Schnees eine für die Passanten recht gefährliche Glätte. Vielfach stürzten Fußgänger und in mehreren Fällen zogen sich die Verunglückten Verstauchungen und Knochenbrüche zu.

Die Tiefbaudeputation beschloß in ihrer Sitzung vom 24. November, im Interesse der Bekämpfung des Mißbrauchs alkoholischer Getränke für die allgemeinen Vertragsbedingungen eine Bestimmung vorzuschlagen, daß die mit städtischen Arbeiten beauftragten Unternehmer an Arbeitsstellen, an denen mehr als zehn Arbeiter beschäftigt sind, diesen die Möglichkeit, Wasser zu kochen, zu gewähren.

Der mit 120 000 M. abschließende Entwurf für die Verbreiterung der Schillingbrücke wurde vorgelegt und genehmigt. Er nimmt Rücksicht darauf, daß bei der Verbreiterung die Straßensubstanz des alten Bauwerkes möglichst wenig verdedet werde. Aus diesem Grunde sind die Längsträger so hoch gelegt, daß sie als Geländer ausgebildet werden konnten.

Vorgelegt und genehmigt wurde auch der mit 100 000 M. abschließende Entwurf für eine Fußgängerbrücke im Zuge der Greifenhagener Straße. Die Brücke überspannt den Bahneinschnitt in einer einzigen Spannweite von 42 Meter ohne Zwischenpfeiler. Die Tragkonstruktion liegt unterhalb der Brücke.

Zur Förderung der Berliner Gobelinteknik hat die Kunstdeputation beschlossen, der hiesigen Firma Fiebig u. Co. die Verpachtung einer Wand im Bibliotheksale des Berliner Rathauses aufzutragen.

Die städtische Pardeputation beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Aufstellung des Etats. Bevor in die Beratung desselben eingetreten, wurde beschlossen, die Positionen Arbeiterlöhne und Arbeitszeit in einer besonderen Sitzung zu beraten. Es sollen in den Etat 2000 M. mehr eingestellt werden behufs Beschaffung eines weiteren Aufenthaltsraumes auf dem Wirtschaftshof im Friedrichshain. Der Etat schließt ab im Ordinarium mit 1 299 120 M., im Extraordinarium mit 577 620 M., gegen das Vorjahr mit einem Mehr von rund 194 000 M. Eine lebhafteste Debatte entspann sich über die Arbeiterentlohnungen und über die geringen Mittel, die den einzelnen Reviervorständen zur Verfügung stehen. Die weitere Debatte über diese Angelegenheit wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. Dem Oekonom der Erziehungsschule im Treptower Park wird der Pachtvertrag auf weitere drei Jahre verlängert mit der Einschränkung, die Fischerei nur noch 1 Jahr zu betreiben. Auf dem Valtenplatz und dem Scharfenplatz sollen durch Anpflanzung schattiger Bäume und Aufstellen von Bänken schattige Ruheplätze geschaffen werden.

Zur Warnung Arbeitsloser teilt uns ein Gastwirt aus der Steinstraße mit: „Gegen 1/2 Uhr morgens kommt ein Herr in Arbeiterkleidung mit dunkelblondem Bart, grauer Zoppe und Mütze in mein Lokal und erzählt mir, daß er vom „Berliner Theater“ aus einen Arbeiter holen soll, der als Bühnenarbeiter Anstellung erhalten solle. Ein in Aussicht Genommener habe aber gerade gestern Arbeit gefunden und man schicke ihn zu mir, weil hier auch Arbeitslose verkehrten. Zufällig denke ich an einen älteren Herrn W., der bei den Steinlegern schwer arbeiten muß und schade den Mann zu dem Genannten. Da Herr W. nicht zu Hause ist, geht seine Frau mit zur Arbeitsstelle. W. hört dann auch um 11 Uhr auf zu arbeiten und geht nach Hause, um sich umzuziehen. Da kommt der Schwindler in seine Wohnung, sagt, daß schon alles abgemacht ist, W. solle um 1/2 Uhr in meinem Lokal sein, dann wollten beide nach dem Theater hingehen. Bei dieser Gelegenheit versuchte der Unbekannte, den W. anzubringen, da er augenblicklich kein Geld hätte. Zum Glück gab W. dem Fremden nur einen kleinen Betrag. Der Schwindler ließ sich natürlich nicht mehr blicken. Herr W. ging trotzdem nach dem „Berliner Theater“ und erfuhr hier, daß der Reichslohn seit zirka vier Wochen den Schwindler betreibt und den Arbeitslosen bis fünf Mark abnimmt, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, diesen sauberen Patron zu fassen.“

Von konservativ-christlichem „Wahlterrorismus“, der bei dem diesjährigen Stadtverordnetenwahlen dritter Abteilung im 2. Wahlbezirk am Tage der Hauptwahl bemerkbar geworden ist, wurde am Abend vor der Stichwahl in einer Kommunalwähler-versammlung der demokratischen Vereinigung erzählt. Den Vorwurf, einen Geschäftsmann wegen seiner Stimmabgabe mit dem Vorkott bedroht zu haben, erhob der Kandidat der demokratischen Vereinigung, Herr v. Gerlach, gegen den christlich-sozialen Agitator Gravenor Kluge, der im 2. Wahlbezirk vor der Hauptwahl für den Durchfallskandidaten der Antifemiten, Rechtsanwalt Ulrich, geworben hatte, und dann vor der Stichwahl mit demselben Ufer für den Kommunalfreisinnigen Leis, den Schilling der Rathhausgrößen Jacobi, Cassel usw., sich ins Zeug warf. Herr v. Gerlach stellte in bestimmter Form die Behauptung auf, daß Herr Kluge in dem Wahllokal Wehrenstraße, wo er als Vertreter der Antifemiten tätig war, einem Wähler nach der Stimmabgabe angeknüttelt habe, bei ihm werde nichts mehr gekauft werden. Dem Herrn Kluge, der an der Versammlung als Gast teilnahm, war es natürlich sehr verdrücklich, daß hier ihm daselbe nachgesagt wurde, worüber sonst die konservativen „Freunde“ der kleinen Geschäftleute sich so sehr entrüstet, wenn sie es der Sozialdemokratie nachsagen zu können meinen. Er meldete sich zum Wort und erklärte in schimpfendem Ton, von dieser Geschichte wisse er nichts, sie sei erlogen. Da erhoben sich zwei Herren, die an jenem Tage vor dem genannten Wahllokal als Zettelverteiler für die demokratische Vereinigung gearbeitet hatten, und sagten Herrn Kluge ins Gesicht, daß er in der Tat auf dem Fluß zu einem weggehenden Wähler sich dem Sinne nach so geäußert habe. Herr Kluge blieb zunächst dabei, erregt alles zu bestreiten. Als aber die beiden Ankläger ihre Behauptungen uneingeschränkt aufrecht hielten, besann er sich und in plötzlicher Erleuchtung rief er dann, nun falls es ihm ein, daß sei ja die Geschichte mit dem Küster Schönsfelder von der Dreifaltigkeitskirche. Und eifrig erzählte er jetzt, schon bei der Hauptwahl habe der Küster für den freisinnigen Leis gestimmt, darum sei Kluge ihm nachgegangen und habe ihm seine Verwunderung ausgedrückt. Schönsfelder aber habe sich verteidigt, es werde ja doch alles nichts nützen, und da habe Kluge ihm geantwortet, dann lohne es sich wohl nicht mehr, zu ihm in die Kirche zu gehen. Diese Erklärung des Herrn Kluge wurde von den verdähten Zuhörern mit schallender Heiterkeit aufgenommen, die Ankläger aber ließen sich nicht beirren und blieben dabei, es habe bei dem Gespräch, das sie mit angehört hätten, sich ums Kaufen gehandelt. Der Gedanke, daß ein gottgläubiger Konservativer „dem Pastor den Rücken wenden könnte, weil der Küster einem freisinnigen seine Stimme geben zu lassen gemeint hat, ist in der Tat toll. Doch Herr Kluge hat ja nur gedroht. Er selber hat nach der Hauptwahl sich als so opferfreudigen Werber für den freisinnigen Kandidaten betätigt, daß das liberale Wahlkomitee den ausgedienten

Antikseniten Kluge trotz seinem sonstigen Gesinnung auf „Juden und Judengenossen“ fogar als Mitunterzeichner eines Flugblatts für den Freisinnskandidaten willkommen geheißen hat.

An die Adresse der Eisenbahndirektion richtet sich eine Klage, die uns von Arbeitern zugeht, die des Morgens auf der Station Grundbrunnen den Steinern Nordbahnhof benutzen müssen. Jeden Morgen herrsche am Willethaler ein solcher Andrang, daß mindestens 30 Mann hintereinander stehen und auf Abfertigung warten müssen. Der eine tüchtige Schalterbeamte kann die auf bestimmte Stunden sich zusammenbringende Arbeit nicht bewältigen. Viele Arbeiter erleiden durch diese mangelhafte Einrichtung erheblichen Schaden, indem sie zu spät an ihre Arbeitsstelle kommen und teilweise der Entlassung ausgesetzt sind. Am aller schlimmsten ist es am Montag morgen bei Lösung der Wochenkarten; auch an anderen Wochentagen tritt der Mißstand in Erscheinung. Bei der Hof, mit der der Schalterbeamte arbeiten muß, ist es ganz natürlich, daß auch Fehler in der Ausgabe der Fahrkarten vorkommen, die neue Verzögerungen herbeiführen. So passierte gestern in der Eile dem Schalterbeamten das Malheur, daß er einem Arbeiter anstatt der verlangten Wochenkarte eine einfache Karte verabfolgte, sie auch nicht zurücknehmen wollte, weil die Karte den Stempel erhalten hatte. Der Arbeiter wollte sich beschwerdefähig an den Stationsvorsteher wenden, um sein Geld zurückzubekommen. Das wurde ihm aber unmöglich gemacht, weil man nur mit einer Fahrkarte oder einer Bahnsteigkarte versehen den Stationsvorsteher erreichen kann.

Es wäre Sache der Eisenbahndirektion, im vorliegenden Falle Abhilfe zu schaffen.

Unfall im Straßenverkehr. Der Polizeibericht meldet: Dienstagabend geriet der 43 Jahre alte Tischler Gustav Hildebrandt vor dem Hause Chausseestraße 95 unter die Räder eines Straßenbahnwagens der Linie 68. Mit einem Bruch des linken Fuhrnöchels brachte man ihn in einer Droschke nach der nächsten Hilfsstation und dann nach seiner Wohnung. Er hatte versucht, den Wagen während der Fahrt zu besteigen. — Als in der Nacht gegen 2 1/2 Uhr der 30 Jahre alte Kaufmann Artur Mosler aus Wilmerdorf vor dem Hause Potsdamer Straße 67/68 einen Straßenbahnwagen verließ, wurde er durch eine Kraftdroschke umgerissen und überfahren. Man brachte ihn in demselben „Auto“ nach der Hilfsstation in der Steglitzer Straße, wo man neben Wunden an beiden Armen und am rechten Arm schwere innere Verletzungen feststellte, die seine Überführung nach dem Krankenhaus am Urban notwendig machten. — Vor dem Grundstück Müllerstraße 141 wurde nachmittags der 84 Jahre alte Straßenbändler August Schnabel von einem Geschäftswagen, den er führte, herabgeschleudert, als ihn ein Rettungsmotorwagen der „Großen Berliner“ von hinten anfuhr. Der Geschäftswagen schlug um, und Schnabel trug eine schwere Kopfverletzung davon. Nachdem ihm ein in der Nähe wohnender Arzt die ersten Verbände angelegt hatte, ließ er ihn nach seiner Wohnung bringen. — Aus noch nicht aufgeklärter Ursache fiel am 20. November der 35 Jahre alte Arbeiter Hermann Wolff vor dem Hause Bellealliancestraße 97 vom Bod seines Arbeitswagens und geriet unter die Räder desselben. Passanten trugen ihn nach der Hilfsstation am Tempelhofer Ufer, wo der Arzt schwere innere Verletzungen sowie mehrere Kopfwunden feststellte. Nachdem man ihm Notverbände angelegt hatte, wurde er nach dem Krankenhaus am Urban geschafft. — Am Großen Stern erfolgte am 21. November ein Zusammenstoß zwischen dem von dem Postillon Hermann Bohmert gefahrenen Postwagen Nr. 957 und der Fahrpreisanzeigerdroschke Nr. 1811. Die Droschke des Postwagens drang durch das Verdeck der Droschke und traf den in der Droschke sitzenden Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium, Wirtl. Geh. Oberregierungsrat Heinrich Rüster an der rechten Seite. Der Geheimrat klagte über heftige Schmerzen, setzte aber seine Droschkenfahrt fort. Die Schuld soll den Postillon treffen, der zu schnell gefahren ist.

## Vorort-Nachrichten.

### Rummelsburg.

Eine Protestversammlung der Gastwirte gegen die kommunale Biersteuer tagte im Café Bellevue. Gemeindevorsteher Tempel-Rummelsburg legte dar, daß das Gastwirtsgewerbe nach der letzten Steuerbelastung durch das Reich und den Staat unmöglich auch noch die kommunale Biersteuer tragen könnte. In wie hohem Grade ein allgemeiner Rückgang des Gewerbes zu verzeichnen sei, zeige Vorkriegs-Rummelsburg. Trotzdem die Einwohnerzahl von 40 000 auf 50 000 gestiegen sei, die Schanzstätten sich vermehrt hätten, sei der Bierkonsum so gewaltig gefallen, daß die im Etat mit 85 000 M. eingelegte Biersteuer im Vorjahre 7000 M. Mindereinnahme gehabt habe und dieses Jahr noch weiter zurückgehe. Es wäre unrecht, wenn ein einzelnes Gewerbe für die Bedürfnisse der Gemeinde herangezogen würde, die gesamte Einwohnerchaft habe die Lasten zu tragen; allerdings würde durch den Ausfall der Biersteuer der Zuschlag zur Staatssteuer um 10 Proz. erhöht werden müssen. — Nachdem verschiedene Gastwirte die gleichen Klagen aus anderen Orten vorgetragen hatten, erklärten die Gemeindevorsteher John und Ritter, daß sie einem Antrage auf Aufhebung der Steuer prinzipiell zustimmten, daß die Gastwirte aber bei den bevorstehenden Gemeindevorwahlen doch zunächst die Kandidaten nach ihrer Stellung zu den Steuern fragen sollten, ehe sie ihnen ihre Stimmen geben. Eine Resolution, welche die Aufhebung der Steuer forderte, wurde beschlossen. Dieselbe soll an die Gemeindeverwaltungen abgefaßt werden.

Sonntag, den 28. November, abends 6 Uhr, findet im Café Bellevue, Hauptstraße, ein Adalbert von Chamisso-Abend statt. Vortragender: Herr Redakteur John. Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie die Genossen und Genossinnen werden um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Jugendausschuß.

### Schöneberg.

Eine Erweiterung des Säuglingshauses stellt das Rütter- und Kinderheim, E. V., zu Schöneberg dar. Es ist im Anschluß an das Säuglingsheim, welches am 1. November 1908 nach Westend-Charlottenburg überfiedelte, in dessen altem Heim, Schöneberg, Klagenstraße 7, gegründet worden. Während das bisherige Rütterheim, welches dem Säuglingsheim angegliedert geblieben ist und mit ihm nach Charlottenburg zog, Rütter und Kinder nur bis zur Dauer eines Jahres behalten kann, bietet dieses neue Heim Müttern mit Kindern von 1—3 Jahren Unterkunft. Durch eine geregelte Arbeitsvermittlung ist es möglich, den Müttern bauernde Beschäftigung zu besorgen. Während sie tagsüber auf Arbeit sind, werden die Kinder versorgt, unter ärztlicher Aufsicht und verständiger Leitung versorgt und erzogen. Auf diese Weise wird den Müttern Gelegenheit gegeben, ihren Kindern ein liebevolles Heim verschaffen zu können und mit ihnen zusammen zu bleiben. Jede Mutter hat monatlich 20 M. Pflegegeld für ihr Kind und 5 M. Schlafgeld für sich selbst zu zahlen. Zurzeit ist noch Platz für einige Mütter mit Kindern. Meldungen werden angenommen Schöneberg, Klagenstr. 7 von der Oberin des Heims.

Am Sonnabend, den 27. d. M., vormittags von 9 bis abends 8 Uhr, findet die Stichwahl im 2. Bezirk statt. Das Wahllokal ist Hofenhausstr. 40 in der Turnhalle der Gemeindefschule. Es gilt auch diesen Bezirk dem Liberalismus zu entreißen. Die Parteigenossen müssen es als eine Pflicht betrachten, zu dem am Donnerstag und Freitag stattfindenden Parteiarbeiten bei Folger, Kuffhäuser, 26, und Schmar, Grunewaldstr. 32, zu erscheinen. — Am Stichwahltag wollen die Genossen, die bereit sind mitzuhelfen und dem Kandidaten Ed. Peterson zum Siege zu verhelfen, in denselben Lokalen unter Vorzeigung des Wahlvereinsbuches sich zur Verfügung stellen.

Am Freitag, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Bachmann, Vorbergstr. 9, der 7. Vorkongressabend statt. Genosse Dr. Chajes spricht über: „Was muß der jugendliche Arbeiter über Beschädigung von Berufsangehörigen wissen?“ Dasselbe werden

auch die Karten für den Vorkongress: „Vom Urtier zum Menschen“, der am 1. Dezember beginnt, und die Urania-Billetts ausgegeben. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung. Der Jugendausschuß.

### Nieder-Schönebeide.

Ueber Kommunalpolitik referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wohlvereins Genosse Geber, Charlottenburg. Durch seinen eingehenden und fesselnden Vortrag bekräftigte der Referent die Vermittlung nur in der Ueberzeugung, daß für die im nächsten Frühjahr stattfindenden Gemeindevorwahlen auch an hiesigen Orte eine lebhaftere Agitation einsehen muß, um sozialdemokratische Vertreter in das Gemeindeparlament entsenden zu können. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung sowie zu der kombinierten Vorstandssitzung wurden Dehmel und Gräbny und als Erfahmann Weid gewählt.

### Königs-Wusterhausen.

Zu dem Einbruch im hiesigen Polizeibureau wird berichtet, daß die drei Verlonen, die in der Nacht zum 11. d. M. den verwegenen Einbruchdiebstahl ausführten, vorgeführt von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden sind.

### Groß-Lichterfelde.

Eine kleine lederne Handtasche mit Inhalt, jedenfalls einem Besucher des Kunstabends gehörig, ist am Totenfeiertag, abends 11 Uhr, am Kranzplatz gefunden worden. Abzuholen ist die Tasche bei Karl Pints, Däverstr. 42, Zigarrenhandlung.

### Friedenau.

Dem Kassierer des Verbandes der Bauhilfsarbeiter ist in der Stubenrauchstraße ein blaues Buch mit 21 Marken a 10 Pf. und 8 Marken a 20 Pf. verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, die verlorenen Marken bei Duda & Co., Sandbergstr. 58/59, Hof II abzugeben.

### Teltow.

Infolge Ablaufs der Wahlperiode scheidet mit Ende dieses Jahres aus dem Stadtratskollegium der Schneidermeister G. Franke in der dritten Abteilung aus. Zur Vorwahl der Neuwahlen ist Termin auf Mittwoch, den 8. Dezember, nachmittags von 5—6 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Schwarzen Adler angesetzt. Es ist nun Pflicht der Parteigenossen, die kurze Zeit zur Agitation auszunutzen. Zu diesem Zweck findet am Sonntag, den 28. November, nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Kommunalwählerversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Stadtr. Turon, Misdorf. Ferner Vorberichterstattung der Stadtr. verordneten und Aufstellung der Kandidaten. Es ist Pflicht aller Wähler der dritten Klasse in der Versammlung zu erscheinen.

Wegen Verleumdung des Bürgermeisters Liebig in Teltow hatte sich der früher in Teltow wohnhafte Grundstücksbesitzer Ingenieur Madenke aus Schöneberg vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu verantworten. Madenke klagte im Verwaltungsstreitverfahren auf Erhebung seiner Grundwertsteuer. In den Eingaben, die er an den Bezirksausschuß richtete, verlangte der Angeklagte die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Liebig. Grund dazu sollte die Veräußerung eines dem Bürgermeister Liebig gehörigen Grundstückes, welches angeblich für 1500 M. erworben und für 15 000 M. an den Maurer W. Kühne verkauft sein sollte, bieten. Auf Grund dieser Eingaben wurde die Klage gegen M. wegen Verleumdung erhoben. Der Staatsanwalt beantragte, weil die Absicht einer Verleumdung vorliegen sollte, 100 M. Geldstrafe event. 20 Tage Haft. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe event. 10 Tage Haft.

### Treptow-Baumshulenberg.

Die Bedeutung der letzten sozialdemokratischen Wahlerfolge behandelte Genosse Schütte in einer bei Speer stattgefundenen imposanten öffentlichen Versammlung. Nach eingehender Würdigung der letzten Wahlerfolge in Sachsen, Baden, Koburg, Berlin usw. forderte der Referent die Versammelten auf, die sozialistischen Ideen immer tiefer in die Bevölkerung zu verpflanzen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat forderte Genosse Nagel die Versammelten auf, sich, soweit dies noch nicht geschehen, der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen und die sozialdemokratische Presse zu abonnieren.

### Weihenau.

Der Fall Rathmann dürfte aller Voraussicht nach die am Freitag stattfindende Gemeindevorwahlen beschäftigen. Nach den wiederholt im „Vorwärts“ mitgeteilten Vorläufigkeiten in der Previsionsangelegenheit für das angekaufte Friedhofsgelände ließ sich Herr M. krankheitshalber vom Dienst beurlauben. Wie jetzt mitgeteilt wird, nimmt jedoch Herr Rathmann trotz seiner angegriffenen Gesundheit die Geschäfte des Bauplatzleiters in höchst eigener Person und glänzender Uniform wahr. Es wird vermutet, daß bei Herrn M. weniger eine ernste Krankheit als vielmehr ein Kräfteübermaß vorliegt. Unsere Genossen haben daher die Absicht, Herrn Rathmann vor eine Entscheidung zu stellen. Seinen Freunden hat er allerdings das Versprechen gegeben, sich niemals zwingen zu lassen, das Schöffensamt niederzulegen.

### Pankow.

Aus der Gemeindevorwahlen. Zur Erschließung des den Herren Berner und Hoffmann gehörigen Grundbesitzes an der Damerowstraße ist die Anlage von Straßen geplant, durch die eine Verbindung zwischen der Damerowstraße und der Straße am Pankower Krankenhaus hergestellt werden soll; in dem Plane ist auch ein öffentlicher Platz vorgesehen. Die Straßen sollen asphaltiert werden. Die Gemeindevorwahlen genehmigte die Bauten. Dabei wurde der Wunsch geäußert, den Grundstücksbesitzern resp. Bauvereinigungen vorzuschreiben, daß zur Erlangung geländebestimmter Pläne die Entwürfe und Bauzeichnungen eingereicht seien. Es wurde auf verschiedene Neubauten, namentlich in der Berliner Straße hingewiesen, bei denen die Ausführung der Pläne viel zu wünschen übrig läßt. Vom Hochbauamt wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es Bauaufsicht geprüfte Entwürfe zur Verfügung stelle, bisher aber noch keine Nachfrage erfolgt sei. Ferner wurde eine neue Verordnung zur Ausbringung der Kanalbeiträge angenommen, wonach für den laufenden Meter neuzuzulegender Regenwasserableitungen 25 M. und für Sanitärwasserleitungen 32 M. zu zahlen sind. Die bisherige Veranschlagung, daß bei einem Grundstück nur das Maß der längsten Front der Verbindung zugrunde gelegt werden soll, kommt in Frage; es ist fortan die Gesamtlänge beider Fronten eines Grundstücks maßgebend. Einige Grundstücksbesitzer erblickten darin eine Härte, da oft nur ein Anschluß für ein Grundstück an die Leitung hergestellt wird. Es wurde ihnen erwidert, daß Grundstücke von vornherein besser verwertet werden können und daß die vorteilhaftere Vermietung der Läden in Erdhäusern die Mehrkosten aufwiegt. Die Gemeindevorwahlen wählte alsdann eine Kommission, welche die Bildung eines kollegialen Gemeindevorstandes auf Grund der betreffenden Bestimmungen der Landgemeindevorwahlen vorbereiten soll. Die Antragsteller hoffen, auf diese Weise die Verwaltungsgeschäfte zu verteilen und die Arbeitslast der einzelnen Personen des Gemeindevorstandes zu vermindern. In der dritten Abteilung der Gemeindevorwahlen ist ein Sitz frei geblieben, da der Gemeindevorsteher Schreiber sein Mandat niedergelegt hat. Er ist als Straßenbahndirektor (bisher hier bei der Siemensbahn) nach Konstantinopel abgereist. Die Neuwahl wurde bis zu den im nächsten Frühjahr vorzunehmenden regelmäßigen Ergänzungswahlen aufgeschoben. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Regierung eine Beihilfe für die gewerbliche Fortbildungsschule, und der Kreis Nieder-Barum die Hälfte der Kosten einer Baracke für Infektionskrankheiten in Höhe von 8000 Mark gewährt habe; der Lehrverein veranstaltete am 28. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, eine Anstellung empfehlenswerter Jugendlichen in der Aula der Schule in der

Grunowstraße. Eine scharfe Maßnahme der Gemeindeverwaltung, durch welche die Mieter des Hauses an der Ecke der Eintracht- und Hartwigstraße in Verlegenheiten gekommen sind, wurde dann noch zur Sprache gebracht. Das Haus soll einen Ausgang nach der Hartwigstraße haben, der nicht hätte ausgeführt werden dürfen. Die Besitzer des Hauses sind Schuldner der Gemeindeverwaltung, das Grundstück wurde subhastriert. Drei Tage vor dem Termin zur Zwangsversteigerung wurde der Ausgang nach der Hartwigstraße vermauert, und er wird erst wieder geöffnet, sobald der neue Eigentümer die Schuld begleicht.

Zu dem Unfall des Vorturners Hoader am Sonntag im Lokale von Großkurz teilte uns der hiesige Arbeiter-Turnverein mit, daß das Red, an welchem H. turnte, in ordnungsmäßigem Zustande war; S. ist bei der Uebung abgerutscht und auf die Bühnenrampe aufgeschlagen.

### Spandau.

Bei der Stadtverordnetenwahl am Montag im 6. Wahlbezirk erhielten, wie wir dem „Anzeiger für Westbavelland“ entnehmen, unsere Genossen Schmidt und Köpck 303 bzw. 302 Stimmen, während auf die gegnerischen Kandidaten Duth und Kurth 347 bzw. 344 Stimmen entfielen. Letztere sind somit gewählt.

### Potsdam.

Stadtverordnetenwahl dritter Abteilung. Im ersten Wahlbezirk erhielten die Bürgerlichen 827—730 Stimmen, unsere Genossen 688—681 Stimmen. Gewählt ist ein Bürgerlicher, unsere Genossen Staab, Stooß und Lindemann kommen mit drei Bürgerlichen in Stichwahl. Im zweiten Bezirk siegte die bürgerliche Liste mit 618 Stimmen gegen 405, die auf unsere Genossen fielen. Gegen 1907 haben die vereinigten Bürgerlichen 352 Stimmen weniger erhalten, trotz diesmaliger eifriger Schleppearbeit; wir gewannen 220 Stimmen. Es geht also, wenn auch langsam, auch in der Residenz- und Beamtenstadt Potsdam vorwärts. Für die bürgerliche Liste wählten diesmal fast ausschließlich Beamte; das eigentliche Bürgerium war nicht an die Wahlurne zu bringen.

## Vermischtes.

Durch einen Eber zerfleischt und getötet wurde auf dem Rittergute Radlow an dem von den Berliner Ausflüglern allgemein bekannten Schermühlfeld der 35 Jahre alte Schmelzer Fischer. Er hatte bei einem auf dem Gute gehaltenen Eber eine Operation vorgenommen und führte vorgestern das Tier auf den Hof, um es dem Inspektor zu zeigen. Dann wollte er das Vorstvieh wieder in den Stall bringen und leitete es mit einem Stock. Als er dem Tiere einen Schlag mit dem Stock über den Rücken versetzte, drehte sich der Eber plötzlich um, biß den Schweizer in das rechte Bein und zerriß ihm die Schlagader und die Sehnen. Die auf dem Gute angestellten Knechte eilten sofort zur Hilfe und trieben das Tier von seinem Opfer zurück. Man versuchte zunächst, bei dem Verwundeten die furchtbare Blutung zu stillen, jedoch vergeblich. Wenige Minuten später starb Fischer noch vor dem Eintreffen eines telephonisch herbeigerufenen Arztes.

Was trieb ihn in den Tod? Unweit der Stadt Rattowitz wurde ein Beamter der Reichsbank erschossen aufgefunden. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Im Sturm gefeuert. Die „Allster Zeitung“ meldet aus Trappönen: Auf einer dienstlichen Fahrt, die sechs fiskalische Arbeiter dieser Lage in einem Kahn unternahmen, kenterte das Fahrzeug infolge des herrschenden Sturmes bei Kallwehlen. Die Insassen särgten in den Strom. Die Arbeiter Abramowitz aus Trappönen, Mikoleit und Ledrat aus Lubönen ertranken, der Arbeiter Veister aus Lubönen starb zu Hause infolge der erlittenen Erkältung. Die beiden anderen Arbeiter kamen mit dem Schrecken davon.

### Zum Grubenunglück in Illinois.

Wie aus Chertt gemeldet wird, sind bisher 108 Leichname aus der St. Paul-Mine geborgen worden.

Björnsöns Befinden. Wie aus Paris gemeldet wird, ist seit gestern abend im Befinden Björnsöns eine Besserung eingetreten.

Der Kraterausbruch in Teneriffa. Nach einer amtlichen Meldung aus Teneriffa wirft der Krater immer noch größere Mengen flüssiger Lava aus, der in Richtung auf Santiago fließende Strom, der eine Breite von 200 Meter und eine Tiefe von 10 Meter hat, ist gestern 500 Meter vorgeückt. Zwei auf Tamana zu fließende Lavaarme haben sich vereinigt, und sich seit gestern 1200 Meter weiter ausgedehnt. Dieser Strom wird heute das Gebiet von Las Manacas erreichen, wo er infolge der Bodenverhältnisse schneller weiterfließen wird. In Parolico hört man unterirdisches Getöse. Der auf diese Stadt zuströmende Strom ist zum Stehen gekommen. Viele Familien sind ohne Obdach.

Latham's Bistonsflug. Eine Meldung aus Nouremelon-le-Grand (Dep. Marne) vom gestrigen Tage lautet: Der Aviatiker Latham flog heute mit seinem Aeroplan zu einem Freunde zu Besuch, der in einer 30 Kilometer entfernten Gemeinde wohnt. Latham legte den Hinweg in 35 Minuten, den Rückweg in 20 Minuten zurück.

Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands, Bezirk Berlin. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr, in den Kränchen, Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Max Grunwald über Friedrich Schiller. Gäste willkommen.

Centraler Arbeiter-Abendklub. Ortsgruppe Berlin. Freitagabend 8 1/2 Uhr im „Friedrichshagen“, Engelstr. 15. Vortrag des Genossen August Reumann über: „Alkohol und Unfall“. Eintrittspreis 10 Pf. — Kein Getränke-Ausschuß.

Veis- und Diskantierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr, Sitzung bei R. Eichhorn, Danziger Straße 33. Gäste willkommen.

Antistischer Marktbericht der holländischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktballen. Marktfrage: Rindfleisch: Zufuhr schwach, Gehalt sehr gut, Preis unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Gehalt sehr gut, Preis sehr. Geflügel: Zufuhr nicht genügend, Gehalt nicht lebhaft genug, Preis hoch. Fische: Zufuhr reichlich, Gehalt ruhig, Preis wenig verändert. Butter und Käse: Gehalt ruhig, Preis unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, Gehalt gut, Preis wenig verändert.

### Wasserstands-Nachrichten.

Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand	
am 23. 11.	am 22. 11.	am 23. 11.	am 22. 11.
om	om	om	om
Remel, Mühl	2399	2400	+1
Segeel, Ankerburg	2399	2400	+1
Weißel, Thora	104	0	-104
Ober, Ratibor	142	-3	-145
Proffen	129	+4	-133
Frankfurt	135	+5	-140
Wartde, Erdamm	104	+4	-110
Landenberg	25	+11	-14
Rebe, Baranum	-8	+2	-10
Eide, Zeimertig	-10	+8	-18
Dresden	-138	-13	-151
Parba	146	+4	-150
Magdeburg	125	+3	-128
Saale, Groditz	154	+6	-160
Habel, Eandau	65	-2	-67
Havel, Eandau	57	-1	-58
Spree, Spremberg	82	0	-82
Seelow	70	+1	-69
Weser, Rindern	-10	-5	-15
Rindern	114	-2	-116
Rein, Wormaldshaus	398	-	-398
Raub	199	-14	-213
Rubin	246	-21	-267
Redar, Seilbrom	95	-10	-105
Rain, Wertheim	174	-12	-186
Wotel, Ester	120	-10	-130

+) bedeutet Waß. — Ra. — \*) Unterpegel. — \*) Elbstand.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Besprechung findet...

Kaiserdomm. In beiden Fällen ist der Eigentümer verpflichtet...

10877. Leider haben Sie kein Recht, eine vorläufige Lösung des Rechts...

bezüglichen in Ihrem Falle zehn Jahre. - W. Z. 46. Die Vollmacht...

gehehen, wird beinahe ausschließlich durch die...

Witterungsüberblick vom 24. November 1909, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Wind, etc.

Wetterprognose für Donnerstag, den 25. November 1909.

Hat jemand Rheumatismus, Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen...

Amor bleibt das beste Metallputzmittel.

Zum Frühstück, zur Mittags- oder Abendkost...

15. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie. Drawing results for 15th Nov 1909.

15. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie. Drawing results for 15th Nov 1909.

15. Ziehung 5. Kl. 221. Kgl. Preuss. Lotterie. Drawing results for 15th Nov 1909.

